

Zoran Janjetović

„Mensch ist unser größtes Reichtum“
(eine der meistzitierte Sprüche Titos)
Wiedergutmachung an Jugoslawien

**1. Wiedergutmachung im Rahmen der Reparationen
in den ersten Nachkriegsjahren**

Schon fast ein Monat vor dem Kriegsende haben die neue jugoslawische Behörden die Staatskommission für Kriegsschäden gegründet, die, unter anderem, Verlust des Lebens, der Gesundheit und des Eigentums als Kriegsschäden definierte.¹ Obwohl im gegebenen Moment, in Voraussicht der bevorstehenden Demontagen und Restititionen, die Feststellung der materiellen Schäden in Vordergrund stand, befasste sich die Kommission auch mit den Personenschäden, und zwar: Verlust des Lebens, Beeinträchtigung der Gesundheit, Verletzungen, Krüpelungen, Verminderung der Körper- und Geistesgesundheit, Verletzungen der Freiheit, der sexuellen Integrität oder der Ehre und Würde.²

Die Opferzahlen kamen mehr in Spiel Ende 1945 an der Pariser Reparationskonferenz, der die jugoslawische Vertreter die folgenden Zahlen präsentierten: 1.380.000 Ziviltote (insgesamt mit Soldaten, 1.685.000), 425.000 Arbeitsunfähige, 170.000 Zwangsarbeiter (in Deutschland), 530.000 Zwangsumgesiedelten, 320.000 Zwangsrekrutierte, usw. Nach der offiziellen Angaben, sei mehr als 10% der Bevölkerung ums Leben gekommen und 13% wurden Krüppel. Die ausgenutzte Zwangsarbeit hätte eine Wert von 27 Mrd. \$.³ Die Staatskommissionen für Kriegsschäden in jeweiligen Teilepubliken erhielt die Anweisung die Kriegsschäden je genauer festzustellen, obwohl es keine Voraussetzungen dafür bestünden, wie man in der Anweisung zugegeben hat.⁴ Wie die Zahl der von 1,7 Mio. Tote (und die Zahlen anderer geschädigten) entstanden worden ist, bleibt ein Rätsel.⁵ Allerdings, berief sich

¹ Diplomatski arhiv Ministarstva spoljnih poslova Državne zajednice Srbija i Crna Gora [Das Diplomatische Archiv des Ministeriums für auswärtigen Angelegenheiten des Staatengemeinschaft Serbien-Montenegro], Politička arhiva [Politisches Archiv] (weiterhin: DA PA), 1947, F. 63.

² Richtlinien der Staatskommission, Arhiv Državne zajednice Srbija i Crna Gora [Archiv des Staatengemeinschaft Serbien und Montenegro] (weiterhin: AJ - nach der in der Literatur allgemein bekannten früheren Namen, Archiv Jugoslawiens), 50, 69/153. Die Staatskommission bestimmte dass Todt mit 100-prozentiger Invalidität gleichzusetzen war, die Freiheitsverlust, für jeden Monat als 1,2% der Invalidität - nach der internationalen Tabellen die in allgemeiner Versicherung galten.

³ Vortrag des jugoslawischen Delegationschefs vor dem Reparationskonferenz in Paris .AJ, 54, 44/98.

⁴ Die Anweisung des Präsidenten des Ministerialrates [= Regierung] an die Kriegsschädenkommissionen in Republiken, 1. Juni 1945. AJ, 50, 69/153.

⁵ Sie wurde schon im Mai 1945 von Tito höchstpersönlich in einer Rede erwähnt, und wurde schon dadurch geheiligt. Seither dürfte man an sie nicht zweifeln. Es ist nicht auszuschließen dass es um Mißbrauch der Wissenschaft hadelte, d.h. dass die ausgerechnete Zahl der *demographischen* Verluste, die Machthaber als Zahl der tatsächlich ums Leben gekommene umgedeutet hatten. (Vgl. Žerjavić, Vladimir: Population Losses in Yugoslavia 1941-1945, Zagreb 1997, S. 55.) Die eigentliche Zahl der Kriegstote, sowie der in anderen Opferkategorien bleibt unbekannt bis zum heutigen Tag. Diese Tatsache hat die Entfachtung des Nationalismus

die jugoslawische Seite später in den Verhandlungen über die Wiedergutmachung mit Bundesrepublik Deutschland, immer auf die Opferzahlen die gleich oder ganz ähnlich den aus der Mitte der 40-er Jahren waren.⁶

In den ersten Nachkriegsjahren interessierten sich die jugoslawische Führung fast ausschließlich für die Reparationen und Restitutionen. Dies war selbstverständlich: das Land war schon vor dem Krieg sehr unentwickelt, und jetzt galt es je mehr zerstörte und geplünderte Güter zu ersetzen, bzw. zurückzuholen um die Volkswirtschaft wieder einigermaßen auf die Beine zu stellen und mit dem Aufbau des sozialistischen Wirtschaftssystem zu beginnen. Darum spielten die Vorderungen nach Wiedergutmachung der Personenschäden in den ersten Nachkriegsjahren kaum eine Rolle.

2. Verhandlungen über deutsche Vor- und Kriegsschulden

Zum ersten Mal als dieses Problem ernsthaft auftauchte war es in 1954, als man die Verhandlungen über mehrere verschiedene deutsche Vor- und Kriegsschulden gegenüber Jugoslawien began. Die jugoslawische Seite verlangte neben der Zahlung für gebeutetes Kupfer, und der Post- und Bahnschulden, auch die Zahlungen der Sozialversicherung der jugoslawische Arbeiter und Löhne der jugoslawischen Kriegsgefangenen die an ein Sonderkonto eingezahlt worden waren. Die Verhandlungen dauerten fast zwei Jahren; die jugoslawische Seite hat in der Zwischenzeit ihre Ansprüche gemildert, aber auch durchblicken gelassen dass ihr mehr an Geld für die Wirtschaft als für die beschädigte Einzelpersonen gelegen worden war. Letztendlich bekam Jugoslawien mit dem Abkommen vom 10. März 1956, 26 Mio DM für Sozialversicherung und 270 Mio DM als Wirtschaftshilfe von wem von Bundesrepublik Deutschland, mit dem mündlichen Einverständnis dass die letzte Summe als Abzahlung der Forderungen aus der Sozialversicherung verstanden sollte. Die jugoslawische Einzelbürger sind mit leeren Händen ausgegangen, und dies war das Muster das sich auch später, bei Wiedergutmachungsregelung, wiederholen würde.⁷ Rückblickend bekam dieses Abkommen gewisse Bedeutung auch bei der Verhandlungen über jugoslawische Wiedergutmachungsforderungen inwieweit die deutsche Seite sich auf ihn berief um zu beweisen, sie hätte ein Teil der Wiedergutmachungsleistungen schon bezahlt.

Lässt sich an dieser Stelle noch genauer sagen, wer die "indirekte" Wiedergutmachung angestossen hat? Jugoslawien? die Bundesrepublik? beide Seiten?

3. Die Frage der Entschädigung der Opfer der pseudo-medizinische Experimente und der Anfang der Wiedergutmachungsfrage

Der Anfang der erste eigentliche Fase des Wiedergutmachungsproblems zwischen Jugoslawien und der Bundesrepublik, überlappte sich teilweise mit der Lösung des obengenannten Problems. Nach die Bundesrepublik seine Bereitschaft die Opfer der

in späten 80-er Jahren erleichtert und dem blutigen Zerfall Jugoslawiens beigetragen weil unverantwortliche Politiker, Journalisten, Publizisten, Schriftsteller usw, haben sich auf erdichtete Opferzahlen aus dem Zweiten Weltkrieg berufen um nationalen Haß anzufachen.

⁶ Die gesamte Kriegsschäden, je nach Kategorien der Schaden, Verluste oder Ausgaben, bewegte sich gewöhnlich um 45 Mrd \$. (Referat der Abteilung zur Vorbereitung der Friedenskonferenz, 23. Juni 1945; Specification des chiffres figurant dans le rapport relatif aux pensions présenté pour la Delegation yougoslave, 16. November 1945. (AJ, 54, F. 44) Manchmal gingen die Schätzungen bis 61 Mrd. \$! (Mémorandum du Gouvernement de la Yougoslavie Démocratique Fédérative au sujet des demandes de réparations yougoslaves á l'Allemagne, AJ, 54, F. 44)

⁷ Die einschlägige Akten zu dieser Verhandlungen siehe in: DA PA, 1954, F. 51, 62; 1955, F. 42; 1956, F. 61, sowie Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (weiterhin: PA AA), B86, 192, 573, 1292, 1449.

Menschen-Versuche zu entschädigen erklärt hatte, beauftragte die jugoslawische Regierung am 30. März 1956. das Amt zum Schutz des jugoslawischen Vermögens im Ausland mit der Aufgabe die Anträge der überlebenden Opfer zu sammeln. Etwa 500 Anträge sind eingelaufen, aber dann geriet die Aktion Ende August 1953 ins Stocken weil sich zwei Seiten nicht einigen konnten wer die Antragsteller überprüfen soll: jugoslawische Militärmedizinische Akademie oder deutsche Ärzte. Endlich stimmten die beide Seiten überein dass die Opfer von jugoslawischen Ärzten untersucht werden sollten in der Anwesenheit eines deutschen Arztes - was der Kompromissvorschlag der jugoslawische Seite war.⁸

Dann aber kam ein noch größeres Hindernis in den Weg: da Jugoslawien mit der DDR am 15. Oktober 1957 die diplomatische Beziehungen aufnahm, unterbrach die Bundesrepublik mit es diplomatische Beziehungen vier Tage später.⁹ Die Sache der Opfer der pseudo-medizinischen Experimente kam wieder zum Stillstand. Erst im August 1958 versuchte die jugoslawische Seite den Stein wieder ins Rollen zu bringen.¹⁰ In Herbst 1958 überlegten die zuständigen Diplomaten im jugoslawischen Staatssekretariat für auswärtige Angelegenheiten, ob man die ganze Aktion auf eine andere Basis stellen sollte, um das Endziel schneller zu erreichen.¹¹

Die Frage der Entschädigung der Opfer der Menschenversuche wurde aber bald von einer viel größerer überschattet: in der Zwischenzeit haben die westlichen Staaten ihre Schritte um die Wiedergutmachung für die Opfer der NS-Verfolgung zu bekommen, angefangen. Jugoslawien wurde von Frankreich "eingeladen" sich der Aktion anzuschließen (kann man etwas über die französischen Motive sagen? ich kann es noch immer nicht glauben und würde weiterhin vermuten, dass Jugoslawien zumindest keine "offizielle" Einladung erhalten hat – dies würden die Akten im Französischen Aussenministerium nahelegen und die jugoslawische Diplomatie began sich umzusehen nach mögliche Weise dies zu tun. Dabei hatte man Bedenken ob sich die Vertreter der Bundesrepublik auf das Abkommen vom März 1956¹², oder auf die etweige Wiedergutmachung für die jugoslawischerseits verfolgten Volksdeutschen¹³ berufen würden. Zudem, war es fraglich ob Schweden, das als Schutzmacht die jugoslawische Interessen in Bonn vertrat, bereit wäre Jugoslawien auch in so einer komplizierten Sache zu vertreten. Darum äußerte sich der Rechtsrat des jugoslawischen Sekretariat für auswärtigen Angelegenheiten für Verzögerungstaktik: Abwarten bis zur Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen und bis die Ergebnisse der Aktion der

⁸ II Abteilung des Staatssekretariates für auswärtige Angelegenheiten an den Rechtsrat (des Hauses) am 23 April 1956, DA PA, 1956, F. 60.

⁹ Die deutsche Mitteilung von 19. Oktober 1957, DA PA, 1957, F. 67; Nećak, Dušan: Hallsteinova doktrina i Jugoslavija [Hallstein-Doktrin und Jugoslawien], Zagreb 2004, S. 129-144; Pavlica, Branko: Jugoslavija i SR Nemačka 1951-1984 [Jugoslawien und BRD], Smederevo 1989, S. 52-55.

¹⁰ Der Brief des Staatssekretärs Ranko Zec an die Abteilung II des Staatssekretariats für auswärtige Angelegenheiten, den 12. August 1958, DA PA, 1958, F. 83.

¹¹ Der Hauptrechtsrat Dr. Milan Bartoš, an die Abt. II, den 30. September 1958, DA PA, 1958, F. 83.

¹² In Dänemark und Norwegen glaubte man dass das Abkommen vom 10. März 1956 über die deutschen Vor- und Kriegsschulden eigentlich die Wiedergutmachungsfrage löste - so ihre Delegierte an der Konferenz der Liga der politischen Häftlinge und Internierte. Đorđe Nikolajević, Botschafter in Bruxelles an das Staatssekretariat, den 6. Februar 1959, DA PA, 1959 F. 116.

¹³ Etwa 60% der deutschen Bevölkerung Jugoslawiens wurde rechtzeitig evakuiert oder die fliehen konnten. Den Rest wurde von Seiten der kommunistischen Behörden den Massenmorden ausgesetzt und zum größten Teil in KZL eingeliefert wo bis deren Auflösung im Frühling 1948, etwa 50.000 an Hunger, Seuchen und Mißhandlungen gestorben worden waren. Ihr Gesamtvermögen wurde konfisziert. (Vgl. Janjetović, Zoran : Between Hitler and Tito. The Disappearance of the Vojvodina Germans, Belgrade 2000; Das Schicksal der Deutschen in Jugoslawien, Augsburg 1994; Leidensweg der Deutschen im kommunistischen Jugoslawien, I-IV, München 1991-1995.)

Weststaaten bekannt werden.¹⁴ Man wollte aber gleichzeitig die Unterlagen sammeln, damit sie für etwaige Aktion nach dem Erfolg der Aktion der westlichen Staaten bereitstünde.¹⁵

Während die potentiell viel wichtigere Angelegenheit der Wiedergutmachung für die NS-Verfolgte auf diese Weise zeitweilig zurückgestellt worden war, ging die Prozedur für die Entschädigung der Opfer der Menschenversuche ein Schritt weiter: die Anträge wurden vom Direktor des Pathologie-Instituts aus Belgrad und einem deutschen Arzt in Deutschland überprüft und man einigte sich die als berechtigt angesehene Opfer von vier jugoslawischen Ärztekommisionen mit je einem deutschen Arzt, in Belgrad zu untersuchen.¹⁶

In der Zwischenzeit, bekamen einige Opfer die Entschädigung unmittelbar durch deutsche Konsulate oder Banken, was die zuständige in jugoslawischer Diplomatie äußerst ärgerte - angeblich wegen der Verletzung der Devisen-Vorschriften, und tatsächlich weil die deutsche Seite das Problem auf eigene Faust, ohne Zustimmung der jugoslawischen Regierung zu lösen versuchte. Die jugoslawische Behörden wollten solche Praktiken in der Zukunft verhindern und die deutsche Partner darauf aufmerksam machen.¹⁷ Darum haben sie den Dr. Blessin aus dem BMF zum Gespräch aufgerufen um die Prozedur zu klären.¹⁸ Zu den gewünschten Gesprächen kam es (durch schwedische Vermittlung, was die ganze Sache zusätzlich verlangsamte) erst zwischen 21. und 27. Juli 1960 im BMF, wo manche Prozedursachen geklärt wurden. Die restliche Fragen sollte man in nächsten Monaten lösen.¹⁹ Wie üblich, dauerte es länger als man erwartete bis zum nächsten Treffen der Delegationen des jugoslawischen Staatssekretariat für auswärtige Angelegenheiten und der BMF. Es fand statt erst zwischen 7. und 17. November 1960, aber blieb praktisch erfolglos: die Teilnehmer konnten sich einigen nur in ein paar unwesentlichen Prozedurfragen. Die Hauptstreitfragen: die Zahl der anerkannten Opfer, die Fälle die die deutsche Verwaltung einseitig abgelehnt hat, oder wo die Unterlagen nicht komplett waren, direkte Auszahlungen an berechnigte Opfer, sowohl die Frage der 36 Frauen die einen Bombenangriff in einem Hamburger Keller ausgesetzt worden waren, und die die jugoslawische Seite als Opfer der eigentlich pseudo-medizinischen Experiment sehen wollte, blieben ungeklärt.

Wegen solcher Situation und wegen der Gesundheit der Opfer (so die jugoslawische Delegierten), schlug die jugoslawische Vertreter im November 1960 vor, das Problem auf eine andere Weise zu lösen: durch Zahlung einer Pauschalsumme von 3 Mio. DM. Ihre deutsche Gesprächspartner versprachen die zuständigen Ressorts zu konsultieren, und im Januar 1961 eine Antwort zu geben. Diese Runde der Gespräche über die Entschädigung für die Opfer der Menschen-Versuche wurde aber überholt von den Forderungen nach Wiedergutmachung für die Opfer der NS-Verfolgung, die jugoslawische Delegation jetzt zum ersten Mal vorgetragen hat. Ihre Gesprächspartner aus dem BMF erklärten sich aber dafür nicht zuständig und wiesen sie an das Auswärtige Amt an. Sie bemerkten auch dass dieses Problem die zwei Regierungen lösen sollten, dies sei aber unmöglich da es zwischen den zwei Staaten keine diplomatische Beziehungen existieren. Die jugoslawische Gesprächspartner

¹⁴ Bartoš an die Abt. II, den 16. Januar 1959.

¹⁵ Oberrat Dr. Lavoslav Serb an die Abt. II, der Vermerk von der Sitzung des Rechtsrates, den 16. Februar 1959, DA PA, 1959, F. 116.

¹⁶ Bericht der Abt. II, den 26. März 1959, DA PA, 1959, F. 116; MR in BMF Dr. Blessin an jugoslawischer den Chef des Amtes zum Schutz des jugoslawischen Vermögens im Ausland, Mihajlo Smiljanić den 14. April 1959, PA AA, B. 42, 1012.

¹⁷ Baroš, den 26. Januar 1960 und den 1. März 1960, DA PA 1960, F. 84.

¹⁸ Serb an das Amt zum Schutz des jugoslawischen Vermögens im Ausland, den 21. März 1960, DA PA, 1960, F. 84.

¹⁹ Das Auswärtige Amt an die Schwedische Botschaft in Bonn, den 9. August 1960, DA PA, 1960, F. 84.)

erwiderten es handele sich um eine rein humanitäre Aktion die auch ohne diplomatische Beziehungen durchführbar sei.²⁰

Was die deutsche Vertreter nicht wussten, war dass eigentlich der Hauptgrund des Besuches ihrer jugoslawischen Gesprächspartner gerade die Stellung der Vorderung nach Wiedergutmachung für die Opfer der NS-Verfolgung war; die Gespräche über die Entschädigung für die Opfer der Menschen-Versuche sollten nur routinmäßig sein! In der letztgenannten Frage hofften die jugoslawische Behörden so wie so auf kein Ergebnis, obwohl man nachher feststellte, man hätte immerhin einen Vortritt gemacht, inwieweit man den Druck ausgeübt hatte und die Frage der pseudo-medizinische Versuche und der Wiedergutmachung auf eine neue Basis (die Pauschalzahlung die als günstiger für die jugoslawische Seite eingeschätzt worden war) gestellt hatte. Die jugoslawische Delegation handelte nach der Anweisungen der jugoslawischen Vertretung bei der Schwedischer Botschaft in Bonn. 3 Mio. DM wurde verlangt weil man gehört hätte, das BMF bereit wäre 1,5 Mio. für die Opfer der pseudo-medizinische Versuche bereitzustellen; die Zahl von 3 Mio. entstand weil die delegation rechnete mit 5000 DM für je der 600 Opfer. Die Delegation führte auch Gespräche mit dem Direktor der Wiedergutmachungs-Abteilung im BMF Féaux de la Croix und dem Vorsitzenden der Bundestag-Ausschußes für Wiedergutmachung Jahn - zwar ohne konkretes Ergebnis. Man war aber zufrieden die Diskussion über das Thema Wiedergutmachung auf ein höheres Niveau gehoben zu haben. Es wurde vorgesehen die weitere Treffen der Delegationen dafür zu benutzen die Wiedergutmachung nach dem BEG prinzipiell ständig zu fordern.²¹ Dieser Ansatz wurde auch von der Rechts-Abteilung und der Abteilung II des jugoslawischen Staatssekretariat für auswärtigen Angelegenheiten gebilligt.²² Dies beweist dass die Frage der Wiedergutmachung der Opfer der NS-Verfolgung schon damals, eine viel wichtigere Rolle spielte als die der Entschädigung für die Opfer der pseudo-medizinische Experimente - und zwar obwohl Jugoslawien noch keine offizielle Forderung in schriftlicher Form unterbreitet hatte.

Was die eigentliche Entschädigung für die Opfer der Menschen-Versuche angeht, verlangten die jugoslawische Vertreter 3 Mio. - nicht etwa weil sie erwarteten sowiel tatsächlich zu erhalten, sondern um später nachlassen zu können. Im Januar bekamen die deutsche Vertreter grünes Licht für eine Pauschallösung, aber nicht für die 3 Mio. Ihre jugoslawische Gesprächspartner bekamen auch Zustimmung ihrer Regierung zur Pauschale, aber auch dass sie bis 1,5 Mio. nachlassen dürftn.²³ Am 25. April 1961 wurde die Vereinbarung zwischen den zwei Staaten unterzeichnet, mit der jugoslawische Opfer der pseudo-medizinische Versuche mit 1,75 Mio. DM entschädigt wurden. Die jugoslawische Seite hat sich verpflichtet die deutsche Seite aller weiteren Verpflichtungen in dieser Hinsicht zu erlassen, weitere Anträge ihrer Staatsangehörige nicht zu unterstützen und die schon eingereichte Klagen beim Verwaltungsgerichtshof in Köln zurückzuziehen.²⁴ Die jugoslawische Unterhändler waren mit der erreichten Summe sehr zufrieden weil sie glaubten, mit Pauschalzahlung würde man kaum 560.000 bekommen, da es unter den 165 Opfer an den die Ärzte Spuren der Menschen-Versuche gefunden hatten, auch sehr zweifelhafte Fällen waren.²⁵ Es ist interessant zu bemerken, dass die jugoslawische Behörden bei der Verteilung

²⁰ Pro memoria, ohne Datum und Niederschrift über die Gespräche, den 17. November 1960, DA PA, 1960, F. 84.

²¹ Der bericht des Chefs der jugoslawischen Vertretung bei Schwedischer Botschaft in Bonn, Edo Kljun, an das Staatssekretariat für auswärtigen Angelegenheiten, den 6. Dezember 1960, DA PA, 1960, F. 84.

²² Bartoš an den Staatssekretär für auswärtigen Angelegenheiten, den 27. Dezember 1960; Vorsteher der Abt. II, Marijan Baričić, den 31. Dezember 1960, DA PA, 1960, F. F. 84.

²³ Bericht von Smiljanić für den Staatsekretär Minčev, den 3. Mai 1961, DA PA, 1961, F. 93.

²⁴ Vereinbarung ywischen BRD und Jugoslawien, den 25. April 1961, DA PA 1961, F. 91; PA AA, B 86, 1115.

²⁵ Smiljanić an das Staatsekretariat für auswärtige Angelegenheiten, den 3. Mai 1961; Ders. An Minčev, den 3. Mai 1961, DA PA, F. 93.

der Gelder die gleiche Maßstäbe verwendeten wie die deutsche - damit sich nicht zu viele Fälle anmelden. Die Regel der Verteilung wollte man erst nachher bestimmen.²⁶

Die Zufriedenheit der jugoslawischen Diplomatie mit der Vereinbarung dauerte aber nicht lange. Weniger als acht Monate später, wegen höheren Leistungen die in der Zwischenzeit an die ungarische und polnische Opfer ausgezahlt worden waren, begannen die zusrändige jugoslawische Faktore die Lösung in anderem Licht zu betrachten.²⁷ Seither begann die diplomatische Offensive die Vereinbarung vom April zu revidieren Die offizielle Forderung in diesem Sinne wurde der deutschen Seite Ende Januar 1962 mitgeteilt.²⁸ Das BMF lehnte zunächst solche Forderungen ab, mit der Begründung Polen und Ungarn hätten im Durchschnitt nicht viel mehr pro Person bekommen als Jugoslawien. Außerdem, hätte den Geschedigten in diesen zwei Ländern die deutsche Regierung nicht direkt, sondern durch die Vermittlung des Internationalen Roten Kreuzes das Geld zugeteilt.²⁹ Nach der wiederholten jugoslawischen Drängen, akzeptierte der Vertreter des BMF Dr. Manfred Fauser Mitte 1962 mit Smiljanić ins Gespräch über etweige Revision der Vereinbarung zu treten.³⁰ Dabei hatten die jugoslawische Unterhändler bis September keine Vorstellung wieviel Geld zu verlangen. Sie waren auch dagegen dass man die Fragen der Wiedergutmachung für die NS-Verfolgten und für die Opfer der Menschen-Versuche zusammen behandelt, weil sie glaubten dies (die zusammengefasste Verhandlung) gebe der deutschen Seite größeren Spielraum. Zugleich, schätzten sie die etweige deutsche Zustimmung zur Revision der Vereinbarung als kein großes Zugeständnis, das Jugoslawien in anderen Fragen zum Einlenkung verpflichten würde.³¹ Anfang Oktober wurden die jugoslawische Forderungen grob in die Zahlen ausgedrückt, und zwar anhand der Summe die Polen pro Kopf bekommen hatte. Da die Polen im Durchschnitt fast 35.000 DM pro Person bekamen, und die Jugoslawen nur 6.000, was 5,8-mal weniger war, verlangte Smiljanić von Fauser dass als neue Summe für Jugoslawien die alte von 1,8 Mio mit 5,8 multipliziert werde.³² Da er an dieses Schreiben lange keine Antwort bekam, wiederholte Smiljanić seine Forderung, jetzt die Summe genau mit 9, 1 Mio DM beziffernd, und, im Fall deutscher Ablehnung, mit internationalen Komplikationen drohend.³³ Am 19. Dezember lehnte Fauser trotzdem die Summe als zu hoch ab.³⁴

Der propagandistische und diplomatische Druck den Jugoslawien direkt und indirekt in nächsten Monaten auf die Bundesrepublik ausübte, hatte nur teilweise mit der Revision der Vereinbarung über die Entschädigung der Opfer der pseudo-medizinischen Experimente, und viel mehr mit der Frage der Wiedergutmachung für die Opfer der NS-Verfolgung und dem gewünschten Handelsabkommen zu tun. Darum wurde allmählig die deutsche Seite bereit die Zugeständnisse auf dem weniger wichtigen (und finanziell weniger belastenden!) Gebiet der Revision der Vereinbarung über die Opfer der pseudo-medizinische Versuche zu gewähren, um die gravierende Konzessionen in wichtigeren Bereichen (Wiedergutmachung für die NS-Verfolgte, Kredite, Wirtschaftsfragen) leichter zu vermeiden.³⁵

²⁶ Ibid.

²⁷ Der Chef der jugoslawischen Vertretung bei der Schwedischen Botschaft in Bonn, Georgijević war ein der ersten Befürworter der Vereinbarungsrevision. Georgijević an das Staatssekretariat für auswärtigen Angelegenheiten, den 16. Dezember 1961, DA PA, 1961, F. 93.

²⁸ Ljubo Drndić, Leiter der Abteilung III an die jugoslawische Vertretung bei der Schwedischen Botschaft in Bonn, den 31. Januar 1962, DA PA, 1962, F. 87.

²⁹ M.D. im BMF Dr. Fauser an Smiljanić, den 27. April 1962, DA PA, 1963, F. 90.

³⁰ Anonymschreiben, Juli 1962, DA PA, 1962, F. 88.

³¹ Abt. II an die jugoslawischen Vertretung bei der Schwedischen Botschaft in Bonn, den 20. September 1962, DA PA, 1962, F. 87.

³² Smiljanić an Fauser, den 8. Oktober 1962, DA PA, 1962, F. 90.

³³ Smiljanić an Fauser, den 28. November, DA PA, 1963, F. 90

³⁴ Fauser an Smiljanić, den 19. Dezember 1962, DA PA, 1963, F. 90.

³⁵ Das Auswärtige Amt an die Swchwedische Botschaft in Bonn, den 8. März 1963, DA PA, 1963, F. 88; PA AA, B86, 1115.

Als Ergebnis solcher deutschen Politik kam Ende Juli die grundsätzliche Zustimmung für die Vereinbarung über die Entschädigung für die Opfer der Menschen-Versuche: die Bundesrepublik hat sich bereit erklärt für diese Opfer die Entschädigung auf 7.950.000 DM aufzustocken, was der Führer der jugoslawische Verhandlungsdelegation Ljubo Drndić als zufriedenstellend bezeichnete.³⁶ Die revidierte Vereinbarung wurde am 7. September 1963 unterzeichnet, und Jugoslawien bekam dadurch 8 Mio DM.³⁷ Die jugoslawische Seite war damit zufrieden, aber im Interesse der jugoslawischen Taktik in den Verhandlungen über wichtigeren Problemen die gleichzeitig erörtert worden waren, wollte es nicht all zu laut kundtun.³⁸

4. Die Wiedergutmachungsfrage zur Zeit der unterbrochenen diplomatischen Beziehungen

Sehr bald nach der Stellung der Forderung nach Revision der Vereinbarung über die Entschädigung für die Opfer der pseudo-medizinische Versuche, wurde diese Frage von der Frage der Wiedergutmachung für die Opfer der typischen NS-Verfolgung und Wirtschaftsverhandlungen überschattet. Die drei Fragen blieben aber miteinander verflochten, und gelegentlich mit anderen Nebenstreitfragen (wie die deutsche Soldatengräber in Jugoslawien, Renten an die ehemalige Wehrmacht-Angehörige jugoslawischer Staatsbürgerschaft) gekoppelt. Die kleinere Fragen dienten aber vor allem als Drückmittel um die Erfolge in der Hauptfragen zu erzielen. Dies war für die jugoslawische Seite der Fall mit den Opfer der pseudo-medizinische Experimente: die "kleine Wiedergutmachung" wurde als Erpressungsmittel gebraucht die "große Wiedergutmachung" zu erleichtern. Deutscherseits aber bediente man sich dieser Frage um die grundsätzliche Bereitschaft humanitäre Fragen zu lösen, ungeachtet der Nichtexistenz der diplomatische Beziehungen, zu beweisen. Der jugoslawischen Seite ging es offensichtlich zugleich um den Versuch in der Wiedergutmachungsfrage Druck auszuüben und ums Geld für die Opfer der Menschen-Versuche: man war dessen bewußt dass viele Fälle schlecht nachweisbar waren, und zugleich man entschloß sich die Aktion wieder aufzunehmen erst als Polen und Ungarn mehr Geld für den gleichen Zweck bekommen hatten. Auf die deutsche Seite war man bemüht die Ausgaben so niedrig wie möglich zu halten, wie in anderen ähnlichen Fällen: darum erklärte die Interministerialer Ausschuß der das letzte Wort in der Frage wer das Geld kriegt und wer nein, so vielle Fälle für unberechtigt, obwohl sie von der Ärzten als entschädigungsfähig gefunden wurden

Kehren wir jetzt zurück zum Hauptthema dieses Beitrages - die Wiedergutmachung für die Opfer NS-Verfolgung gemäß dem BEG. Als sie sich für die aufnahme der Frage der Wiedergutmachung, waren die jugoslawische Diplomaten mitte 1961 der Schwierigkeiten ganz bewußt.³⁹ Man überlegte ob es sinnvoll wäre nur die Wiedergutmachungsansprüche geltend zu machen, um auf diese Weise die Ansprüche nach Gesamt Reparationen (die man mit 1,5 Mrd. \$ einschätzte) nicht zu schwächen. Man hatte auch Bedenken, ob die eventuelle Wiedergutmachung an Einzelpersonen schlechte Folgen haben würde: einerseits würde das Geld den Bürgern statt der sozialistischen Wirtschaft zugutekommen; andererseits, es wäre politisch sehr schlecht wenn nur die Opfer der deutschen Untaten eine Wiedergutmachung bekämen. Dazu kamen die schon erwähnten Überlegungen ob der Mangel der diplomatischen

³⁶ Aufzeichnung von Ljubo Drndić, den 26. Juli 1963, DA PA, 1967, F. 87.

³⁷ PA AA, B 42, 1012.

³⁸ Das Elaborat der Abt. II, Unterbrechung der Wirtschaftsverhandlungen mit BRD und unsere unmittelbare Aufgaben, den 7. November 1963, DA PA, 1963, F. 87.

³⁹ Die Entscheidende Frage, woher kam die Anregung sich dieser Sache anzunehmen, bleibt, wegen der Unzugänglichkeit der einschlägigen Dokumenten, ohne Antwort. In anderen Worten, es ist unbekannt ob die Idee von der Diplomaten stammte, oder wurde es von der Staatsspitze der Diplomatie als Aufgabe auferlegt zu überprüfen ob so eine Forderung realisierbar wäre.

Beziehungen etwaige Lösung verhindern würde, ob die deutsche Seite die Frage der Vereinbarung aus dem Jahr 1956 und die Entschädigung für das Leiden und das Eigentum der Volksdeutschen aufrechnen würde.⁴⁰ Die Zweifel gingen so weit dass Ende des Jahres zwei führenden Ressortchefs dachten es sei unzweckmäßig die Aktion überhaupt anzufangen.⁴¹ Jedoch in weniger als zwei Wochen hat sich die Stimmung weitgehend geändert und die zuständigen im Staatssekretariat haben sich entschlossen die Verhandlungen mit der Vertreter der Bundesregierung zu verlangen. Dabei war die jugoslawische Vertretung bei der Schwedischen Botschaft in Bonn der Meinung man solle weniger als Frankreich (also 400 Mio. DM) verlangen.⁴² Das Umdenken war so plötzlich, dass man mit guten Gründen vermuten muß, es handelte sich nicht um ein Umdenken, sondern um eine Direktive von ganz oben. Bald ist auch die Summe von "weniger als 400 Mio.", als zu niedrig, fallen gelassen.⁴³

Nach der Sammlung der Unterlagen und diplomatischer Sondierung began die jugoslawische Diplomatie offiziell ihre Wiedergutmachungs-Aktion mit der Note an das Auswärtigen Amt durch die Schwedische Botschaft in Bonn am 3. Juni 1962, in der die deutsche Seite aufgerufen wurde den Ort und die Zeit für die Aufnahme der Verhandlungen über die Wiedergutmachungsfrage festzustellen.⁴⁴ Die deutsche Seite aber gab sich Zeit, so dass es Ende Oktober noch keine Antwort gab.⁴⁵

Die Wartezeit benutzte die jugoslawische Seite um die sehr lückenhafte Unterlagen über die Kriegsoffer durch Datensammlung zu verbessern (für welchen Zweck eine Sondekommission aus der Vertreter der staatlicher und para-staatlicher Transmissionsorgane gegründet worden war)⁴⁶ und um eine Pressekampagne anzufangen.⁴⁷ Der "Aktionsplan" wurde am 19. Juni gefertigt, aber die Offensive wurde verschoben bis die deutsche Stellungnahme bekannt würde.⁴⁸

In der Zwischenzeit entwickelten sich im Auswärtigen Amt Ideen über etwaige Wiedergutmachung an Jugoslawien, manche von den durch fast Zehn Jahre maßgebend in diesem Fall werden. So meinte das Referat 705, man sollte mit Jugoslawien nicht über die Wiedergutmachung verhandeln, wegen seine "grundsätzliche Haltung in der deutschen Frage", wegen Aufrechnung der Vertreibungsverluste und weil mit der Vereinbarung vom 10. Merz 1956 die Bundesrepublik schon versucht habe jugoslawien wirtschaftlich zu helfen und "auf diese Weise einen Teil der durch das Nazi-Regime verursachten Schäden wiedergutzumachen."⁴⁹ Es war aber gegen eine diplomatische Polemik da die westliche Öffentlichkeit die deutsche Argumente nicht widerspruchlos akzeptieren würde. Auf die Dauer sah das Referat 705 aber keine Möglichkeit diesem Thema zu entgehen.⁵⁰ Ein anderes, sehr wichtiges, sogar ein Schlüsselargument wurde vom Leiter der deutschen Vertretung bei französischer Botschaft in Belgrad, Hans Bock dem Deutschlandreferent im Staatssekretariat Ilija Uzelac mitgeteilt: das problem der Wiedergutmachung könne man nicht lösen, sonst komme nachher die Frage der Reparationen, und was das Schlimmste wäre, dann würden auch

⁴⁰ Der Stellvertreter des Haupt-Rechtsrats, Dr. Lavoslav Serb, den 26. Juni 1961, DA PA, 1961, F. 93.

⁴¹ Bartoš an die Abt. II, den 11. Dezember 1961; Vorsteher der Abt. III, M. Sardelić, den 28. Dezember 1961, DA PA, 1961, F. 93.

⁴² Die Vertretung an den Leiter der Abt. III Ljubo Drndić, den 10. Januar, 1961, DA PA, 1962, F. 87.

⁴³ Drndić an die jugoslawische Vertretung in Bonn, den 31. Januar 1962, DA PA, 1961, F. 90.

⁴⁴ DA PA, 1962, F. 90.

⁴⁵ SUBNOR (Partisanen-Veteranenverband, den. 31. Oktober 1962, DA PA, 1962, F. 87.

⁴⁶ Anonymvorschlag, den 1. August, 1962, DA PA, F. 91.

⁴⁷ Rundschreiben an die Botschaften, den 14. August 1962, DA PA, 1962, F. 88.

⁴⁸ Staatssekretariat an die jugoslawische Vertretung in Bonn, den 10. November 1962, DA PA, 1962, F. 87.

⁴⁹ Tatsächlich beriefen sich schon die Delegierte des BMF während der Verhandlungen von 7-17. November 1960 darauf. Jugoslawischerseits wurde das bestritten. (Streng vertraulicher Bericht für den Unterstaatssekretär Zoran Polič, den 31. Oktober 1962, DA PA, 1962, F. 87.)

⁵⁰ Referat 705, den 10. September 1962, PA, B 42, 1012.

andere osteuropäische Länder ihre Forderungen anmelden.⁵¹ Ein Monat später, meinte Bock Jugoslawien mache einen Fehler wenn es auf die Lösung der Wiedergutmachungsfrage, statt auf die Handelsverhandlungen bestehe, da die Chancen für eine Wiedergutmachung sehr schlecht seien, da Jugoslawien (wegen der Anerkennung der DDR) Alleinvertretungsanspruch der BRD nicht annehme, bzw. dass es die Bundesrepublik nicht als legitimen Nachfolger des Deutschen Reiches ansehe.⁵² Dies blieb fast bis zur Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen das allerhäufigste Argument der deutsche Diplomatie, das in fast jedem Gespräch oder Schreiben über das Thema wiederholt worden war.⁵³ Auf diese Weise wurde es vom Anfang an klar dass die Wiedergutmachungsfrage von anderen Fragen, und sogar von der allgemeine Atmosphäre der bilateralen Beziehungen nicht zu trennen war. Sie werde immer entweder als Druckmittel um andere, vorläufig wichtigere kurzfristige Ziele zu erreichen, oder andere Fragen aus der interstaatlichen Beziehungen wurden als Druckmittel benutzt um die Wiedergutmachung, die jugoslawischerseits als eine der Hauptfragen der deutsch-jugoslawischen Beziehungen angesehen wurde, zu erzwingen.

Als ein der Druckmittel, neben einer Pressekampagne, das man Anfang 1963 zu gebrauchen überlegte, war die Frage der Reparationen (als deren Teil man jugoslawischerseits auch die Wiedergutmachung verstand): man war dessen ganz bewußt dass diese Frage in absehbarer Zukunft nicht zu lösen war, wollte sie jedoch als Druckmittel benutzen um die Wiedergutmachung zu bekommen.⁵⁴ Andere Druckmittel die man verwendete waren Gespräche über Reparationen und die Wiedergutmachung mit den Vertreter der wichtigsten westlichen Länder, Anspornung einiger Länder der Dritten Welt die DDR anzuerkennen, Aktivitäten des para-staatlichen Veteranenverband unter ähnlichem Veteranen-Organisationen im Ausland usw.⁵⁵ Das Ergebnis war aber nicht die Einlenkung, sondern Erhärtung der deutschen Haltung in der Wiedergutmachungsfrage.⁵⁶

Die lange erwartete deutsche Antwortnote kam am 8. März 1963, und sie enthielt die schon durch andere Kanäle bekanntgemachte Ablehnung der Verhandlungen mit ebenfalls bekannten Begründung: Die Wiedergutmachung sei eine humanitäre Geste, vor allem für die Opfer aus dem Gebiet des BRD und Flüchtlinge und für die Opfer aus den Staaten die mit BRD diplomatische Beziehungen unterhielten (mit der Ausnahme von Israel). Die Entschädigung für die Opfer der pseudo-medizinischen Experimente wurde gewährt wegen der ausserordentliche Härte der Untaten - dies galt auch für Jugoslawien, in dessen Fall die Bundesrepublik über die Erhöhung der Entschädigung zu diskutieren bereit wäre. Auch die Vereinbarung vom 10. März 1956 die als eine Art deutscher Leistung die der Überwindung

⁵¹ Vermerk von Ilija Uzelac, den 11. September 1962, DA PA, 1962, F. 88. Bock wiederholte das Argument zwei Monate später. (Aufzeichnung des Gespräches zwischen Bock, und Wirtschaftsattaché im Konsulat Zagreb Kopp mit Referenten Uzelac und Mladen Žiža, den 14. November 1962, DA PA, 1962, F. 88.)

⁵² Vermerk von Ilija Uzelac, den. 11. Oktober 1962, DA PA, 1962, F. 88.

⁵³ In diesem Zusammenhang stellte die bundesdeutsche Seite mehrmals die Frage ob Jugoslawien eine Wiedergutmachen von der DDR verlangt hätte. Es wurde bejaht, obwohl dies nicht ganz den Tatsachen entsprach. Jugoslawien hat tatsächlich im Mai 1961 in einem Memorandum die Lösung der materiellen Fragen aus der Vor- und Kriegszeit von der DDR verlangt. Es handelte sich also nicht um Wiedergutmachung im bundesdeutschen Sinne. Nach zwei Jahre Verschiebung, zahlte die DDR in 1963 \$100 aus. (Die einschlägige, leider allzu lückenhafte Akte dazu siehe in: PA AA, Mf. AA 15233 und LSA 470. Siehe auch AAPBRD, 1. April - 31. Juli 1965, München 1996, S. 699.)

⁵⁴ Das Elaborat des jugoslawischen Außenministeriums Bundesrepublik Deutschland, den 14. Januar 1963, DA PA 1963, F. 86; Anweisung für die diplomatische Vertreter, den 7. März 1963, DA PA, 1963, F. 90.

⁵⁵ Jugoslawisch-deutsche Beziehungen. Sprechzettel für die Kollegiumsitzung im Staatssekretariat, den 6. Februar 1963, DA PA, 1963, F. 86; Entwurf der Note für die USA, Frankreich und Großbritannien, den 21. Februar 1963, DA PA, 1963, F. 90; DA PA, 1963, F. 86.); Das Elaborat: Die Beziehungen BRD-Jugoslawien, Abt. II, den 25. Februar 1963, da PA, 1963, F. 86.

⁵⁶ Akten zur Aussenpolitik der Bundesrepublik Deutschland (weiterhin: AAPBRD), 1963, 1.1-31.5, München 1994, S. 352.

der Kriegsfolgen diene, wurde erwähnt, zusammen mit der Bereitschaft Wiedergutmachung in Einzelfällen für die vor-1956 Anträge zu leisten.⁵⁷ Offensichtlich wollte die deutsche Seite durch diese Zugeständnisse in kleineren Fragen die Schärfe der Ablehnung etwas mildern - wahrscheinlich wegen der möglichen Folgen der jugoslawischen Kampagne. (gibt es darauf Hinweise in den Quellen? Wenn ja, sollte das früher erwähnt werden. **Das ist meine Vermutung, bzw. Kommentar.**)

In der Ablehnung berief sich das Auswärtige Amt auf die innere deutsche Gesetzgebung (d.h. BEG), die in diesem Fall mit den Grundsätzen der "Hallstein-Doktrin" übereinstimmte. Die jugoslawische Seite wollte sich damit nicht zufriedengeben. Dies war ersichtlich aus einer Note die für die USA, Frankreich und Großbritannien vorbereitet worden war. Die jugoslawische Argumente waren auf folgende Weise formuliert: die Wiedergutmachung sei als ein Teil der Reparationen zu betrachten und werde daher von der jugoslawischen Regierung als eine völkerrechtliche Verpflichtung der BRD aufgefasst. Dabei berief sich die jugoslawische Diplomatie auf das Potsdamer Abkommen das Jugoslawien an Westzonen Deutschlands für seine Reparationen angewiesen hatte. Überdies, Jugoslawien betrachtete sich als das Land das die schwerste Menschenverluste und materielle Schäden in dieser Ländergruppe erlitten hatte. Jugoslawien habe sich geduldig gewiesen und wollte die Wirtschaftsentwicklung der BRD nicht verhindern, im Glauben, die Bundesrepublik würde später die Entscheidungen der Konferenz von Jalta erfüllen - die angegriffene Länder nach seiner Wirtschaftserholung zu entschädigen. Die Bundesrepublik wurde der Diskriminierung der Gläubiger und des Missbrauchs der Londoner Schuldenabkommen (LSA) beschuldigt. Jetzt sei die Bundesrepublik wirtschaftlich stark und stabil genug um die Reparationen zu leisten und darüber solle man gleich eine Konferenz berufen.⁵⁸ In der Note wurden die Hauptargumente der jugoslawischen Seite vorgetragen, die in den nächsten Jahren immer wieder, gegenüber deutschen Gesprächspartnern, den dritten Staaten, in der Presse und in der internen Überlegungen, angeführt würden. So haben die beide Seiten ziemlich bald nach der Anfang der offiziellen jugoslawischen Wiedergutmachungsaktion ihre Standpunkte definiert. Sie werden von den erst nach Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen und Änderungen in der deutschen Ost-Politik ausweichen.

Die auf diese Weise aufgefasste Wiedergutmachungsfrage wurde jedoch von der jugoslawischen Führung pragmatisch angepackt. So hatte Milan Georgijević, Leiter der jugoslawischen Vertretung in Bonn schon acht Tage nach der deutschen Note, einen Vorschlag, die Ablehnung der Wiedergutmachungsgespräche als Druckmittel zu gebrauchen um die Konversion der jugoslawischen Schulden gegenüber der Bundesrepublik zu erzielen.⁵⁹ Seinerseits, schlug der deutsche Vertreter in Belgrad, Bock, dem Referenten Uzelac, angeblich als seine persönliche Meinung, vor, dass die Wiedergutmachungsfrage im Rahmen der Handelsverhandlungen gelöst werde: Jugoslawien würde einen Kredit in der Höhe seiner Schulden bekommen, und auf diese Weise wäre die Sache de facto erledigt. Die formelle Lösung würde man nachher vereinbaren. Er hat eine Summe von 400 Mio. vorgeschlagen, die für Uzelac zu niedrig war. Außerdem, glaubte Uzelac nicht dass Bock nur seine persönliche Meinung vorgetragen hätte.⁶⁰ Ohne entsprechenden Unterlagen ist es unmöglich mit Sicherheit zu sagen ob Bock nur in seinen Namen sprach oder, stand dahinter der Wunsch des Auswärtigen Amtes die Möglichkeit einer indirekten Lösung zu sondieren. Da die Diskussion über die Wiedergutmachung im Rahmen der Handelsverhandlungen sehr bald offiziell abgelehnt wurde, ist man geneigt in den Vorschlag eher einen Geistesblitz des

⁵⁷ DA PA, 1963, F. 88; PA AA, B 86, 1115.

⁵⁸ Entwurf der Note, März 1963, DA PA, 1963, F. 90.

⁵⁹ Georgijević an das Staatssekretariat, den 16. März 1963, DA PA, 1963, F. 86.

⁶⁰ Uzelac, Aufzeichnung über das Gespräch mit Bock, den 22. März 1963, DA PA, 1963, F. 86.

deutschen Vertreter zu sehen.⁶¹ Auf jeden Fall ist dieses Gespräch für das Thema wichtig, weil in ihm die indirekte Lösung durch Gewähren eines Kredits zum ersten Mal erwähnt worden war. Uzelac zeigte sich im Gespräch für diese Idee nicht unzugänglich, nur über die Gesamtsumme hatte er Bedenken. Der Idee der indirekten Lösung war auch andere jugoslawische Faktoren nicht abhold, obwohl ihre Annahme als letztes jugoslawisches Zugeständnis dargestellt worden war.⁶² Obwohl sie nicht bereit war das offen zu sagen, gefiel die Idee der jugoslawischen Diplomatie so viel dass sie wollte die Lösung der Wiedergutmachungsfrage in die bevorstehenden Handelsvorverhandlungen in Wien einschalten.⁶³ Die deutsche Delegation dagegen versuchte erst durch wirtschaftliche Zugeständnisse die Wiedergutmachungsfrage unter dem Teppich zu kehren,⁶⁴ dann aber gab zu dass man im Auswärtigen Amt so eine Lösung wie sie die jugoslawische Delegation angeregt hatte überlege.⁶⁵ Die Jugoslawen präzisierten ihre Wünsche in einem Brief von Ljubo Drndić an deutschen Delegationschef Schlitter: man verlangte die Tilgung der jugoslawischen Schuld von 130 Mio. \$ plus ein Investitionskredit von 80 Mio. \$ plus ein Warenkredit von 70 Mio. \$. Die offizielle Erklärung für solche hohe Summen war die offizielle Zahl von 1.786.000 Kriegstote (davon angeblich 935.921 wegen ihre Rasse, Glauben, Weltanschauung oder Widerstand gegen Nationalsozialismus) und mehrere Hunderttausende in anderer Opferkategorien. Aus dem Dokument ist es nicht ganz ersichtlich wie die Verfasser zur Grundzahl von 1.179.399 (davon 243.478 Überlebende) der Opfer gekommen sind, die als Basis für die eigentliche Wiedergutmachungsrechnung diente: die Verfasser wollten dieser Zahl multiplizieren mit der höchsten Einzelsumme (pro Person) die für die Geschädigte aus anderen Ländern ausgezahlt worden war.⁶⁶ Wir haben schon festgestellt dass diese Opferzahlen aus der Luft gegriffen worden waren, und dies wird im Dokument zugegeben.⁶⁷ Die vorgeschlagene Summen und besonders die Vorgeschlagene Lösungsweise waren aber für die deutsche Seite aus innen- und aussenpolitischen Gründen unakzeptabel.⁶⁸ Da die deutsche Seite nicht über die Lösung der Wiedergutmachungsfrage verhandeln wollte, bekam die jugoslawische Delegation die Anweisung die

⁶¹ Der jugoslawische Vertreter in Bonn meldete neun Tage später die deutsche Seite sei aus finanziellen Gründen nicht bereit über die Wiedergutmachung im Rahmen der Handelsverhandlungen zu sprechen. Georgijević an das Staatssekretariat, den 31. März 1963, DA PA, 1963, F. 86.

⁶² Lekić, Leiter der Abt. III an die jugoslawische Vertretung in Bonn, den 27. März 1963, DA PA, 1963, F. 86. Die Mitarbeiter der Abt. II teilten diese Meinung, und schlugen 250 Mio. \$ als die Höhe der jugoslawischen Forderung. Abt. II, den 30. April 1963, DA PA, 1963, F. 86.

⁶³ Falls die deutsche Delegation zustimmte, sollte die jugoslawische Delegation vorschlagen die Wiedergutmachungsfrage durch die Tilgung der jugoslawischen Schuld von 140 Mio. \$ und Gewährung eines Kredits zu lösen. Die formelle Seite der Angelegenheit würde man erst später regeln. Anweisung für Georgijević, den 11. Mai 1963, DA PA, 1963, F. 87.

⁶⁴ Der Leiter der jugoslawischen Delegation bei Wirtschaftsverhandlungen in Wien, Sarajčić an das Staatssekretariat, den 16. Mai 1963, DA PA, 1963, F. 87.

⁶⁵ Anonymer Vermerk, den 17. Mai 1963 [?], DA PA, 1963, F. 87.

⁶⁶ Drndić an Schlitter, den 31. Mai 1963, DA PA, 1963, F. 87. Die jugoslawische Rechnung ging ursprünglich von 950.000 Opfer aus, für die man den "französischen" Durchschnitt bekommen sollte, was cca. 500 Mio \$ ausmachte. Dies wäre unrealistisch, so entschied sich man mindestens 300 Mio. \$ zu verlangen. Die oben angeführte Zahlen waren aber nicht als ganze Wiedergutmachung verstanden. (Vermerk, Abt. II, den 6. Juni 1963, DA PA, 1963, F. 90.)

⁶⁷ Im gleichen Dokument sagt man buchstäblich: "Unsere Dokumentation bezüglich der Opfer weist eine Reihe der Schwächen aus." (Ibid.) In seinem Schreiben vom 24. März 1964 an die jugoslawische Regierung, regte der Staatsuntersekretär Marko Nikezić an, die notwendige Dokumentation zu sammeln um die Wiedergutmachungsforderungen untermauern zu können. (DA PA, 1964, F. 160.) Am 10. Juni 1964 entschloß sich die jugoslawische Regierung eine Registrierung der Kriegsoffer durchzuführen. Die Aktion wurde in zweiter Hälfte des 1964 durchgeführt, aber nach manchen Behauptungen die Ergebnisse wurden nie bearbeitet. Nach anderen Behauptungen, waren die Machthaber mit dem Resultat nicht zufrieden da die Totenzahl "nur" 597.323 betrug. Aus diesem Grund wurden die Ergebnisse nie veröffentlicht. (Žerjavić, Ebd, S. 67-68.)

⁶⁸ AAPBRD, 1963, 1.6.-30.9, München 1994, S. 676-679.

Handelsverhandlungen am 12. Juli zu unterbrechen.⁶⁹ Bock erklärte dem Drndić die deutsche Ablehnung mit der Tatsache dass das Auswärtige Amt gegenüber einer Lösung der Wiedergutmachungsfrage positiv eingestellt worden war, konnte sich aber gegen den Widerstand der anderen Ressorts (besonders des BMF) nicht durchsetzen⁷⁰ - was der gewöhnlichen Haltung der verschiedenen Ministerien in Sachen Wiedergutmachung völlig entspricht.

Die jugoslawische Seite drückte ihre Enttäuschung noch einmal in einer Note vom 5. Februar 1964 aus, in der sie schlug die Wiederaufnahme der Verhandlungen vor.⁷¹ Diese Initiative wurde schon seit Ende 1963 mit einer propagandistischer Offensive gepaart, in deren Rahmen Jugoslawien auf die Weltöffentlichkeit und die Diplomatische Dienste verschiedener Länder einwirkte.⁷² Diese Politik, obwohl lästig, veranlasste die Bundesrepublik nicht nachzugeben in der Wiedergutmachungsfrage: man wollte sich nicht brandschatzen lassen und den Eindruck in Dritter Welt aufkommen lassen dass einfach der Vergang der Zeit die Vergebung für die Anerkennung der DDR bringen könnte. Um jedoch nicht zu harsh zu scheinen, schloß man die Möglichkeit eines gewissen wirtschaftlichen Entgegenkommens nicht aus.⁷³ Die jugoslawische Regierung zeigte sich wieder pragmatisch: die Wiedergutmachungsfrage wurde vorläufig zurückgestellt, so dass im Sommer mehrere Wirtschaftsabkommen geschlossen worden waren. Jedoch, wollte sie von Forderungen der Wiedergutmachung nicht Abstand nehmen.⁷⁴

Im Staatssekretariat war man der Meinung die Bundesrepublik benutze die Wiedergutmachungsfrage als Instrument der Außenpolitik, und da es bis Ende Januar 1965 keine Antwort auf die diesbezügliche jugoslawische Noten gab, überlegte man, wenn die nächste Beschleunigen, erfolglos bliebe, das Problem ans Internationales Gerichtshof in den Haag zu nehmen. Wenn auch dieser Versuch fruchtlos bliebe, würde man die Sache der Generalversammlung der UN im Herbst vortragen.⁷⁵ Im Februar bat die jugoslawische Diplomatie durch die Schwedische Botschaft in Bonn, zweimal um eine schnelle deutsche Antwort auf die Note vom 5. Februar 1964.⁷⁶ Auf der jugoslawischen Seite glaubte der Chef der jugoslawischen Vertretung in Bonn, Georgijević, der sich immer mehr als Hardliner in seiner Stellung gegenüber der BRD profilierte, die Hallstein-Doktrin sei durch die Krise im Nahen Osten zusammengebrochen worden, und dass man eine neue diplomatische Offensive einleiten solle. Er glaubte die etweige Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen solle man mit der Lösung der Wiedergutmachungsfrage bedingen.⁷⁷

Obwohl die deutsche Antwortnote auf sich warten lies, machten die deutsche Vertreter in mehreren Kontakten mit ihren jugoslawischen Kollegen keinen Hehl daraus dass die Antwort negativ ausfallen würde, und zwar wegen jugoslawischer Beziehungen zur DDR.⁷⁸

⁶⁹ Leiter der Abt. II, Unterstaatssekretär Marko Nikezić an den jugoslawischen Delegationschef Drndić, den 11. Juli 1963, DA PA, 1963, F.87. Spätere Versuche die Verhandlungen wieder zu beleben scheiterten an deutscher Überzeugung die Lösung sei in jenem Moment nicht möglich. (Schlitter an Drndić, den 13. November 1963, DA PA, 1963, F. 87.)

⁷⁰ Drndić, Aufzeichnung über das Gespräch mit Bock, den 26. Juli 1963, DA PA, 1963, F. 87.

⁷¹ Das Staatssekretariat für auswärtige Angelegenheiten an das Auswärtige Amt, den 5. Februar 1964, PA AA, B 86 1449, B 86 1376, B 86 1115.

⁷² Luedde-Neurath, Abt. II des AA an den Außenminister, den 21. März 1964, PA AA, B 42, 1012.

⁷³ AAPBRD, 1964, 1.1-30.4, München 1995, S. 471-476.

⁷⁴ Rundbrief des Unterstaatssekretärs Nikezić an alle jugoslawische Auslandsvertretungen, den 23. Juli 1964, DA PA, 1964, F. 161.

⁷⁵ Staatssekretariat an die jugoslawische Mission bei den UN, den 26. Januar 1965, DA PA, 1965, F. 119.

⁷⁶ Jugoslawische Verbalnoten vom 5. und 17. Februar 1965, PA AA, B 86, 1115; B 42, 1012.

⁷⁷ Georgijević an das Staatssekretariat, den 23. Februar 1965, DA PA, 1965, F. 119.

⁷⁸ Bock im Gespräch mit dem Staatsuntersekretär Branko Karapandža am 2. April 1965; Krapf im Gespräch mit jugoslawischem Delegierten Lalović und Georgijević, am 8. April 1965, DA PA, 1965, F. 119; AAPBRD, 1965, 1.4-31.VII, München 1996, S. 698-700.

In diesem Zusammenhang deutete man an, die Antwort würde besser ausfallen wenn das Auswärtige Amt mit dem bevorstehenden Titos Besuch in Ost-Deutschland zufrieden wäre. Die jugoslawische Seite wies ein solches Junktim als unakzeptablen Druck ab.⁷⁹ Man war aber bewußt dass der Besuch die Druckmöglichkeiten jugoslawischerseits drastisch verminderte, und obwohl man sich die Außenpolitik von der BRD nicht diktieren lassen wollte, war man bemüht dem Besuch *low profile* zu geben um die Möglichkeiten weiterer Verhandlungen nachher nicht zu gefährden. Man wollte bis nach dem Besuch auf die deutsche Antwort warten und gleichzeitig Vorbereitungen für eine diplomatische und propagandistische Offensive treffen, falls die Antwort unzufriedenstellend würde.⁸⁰ Im schlimmsten Fall war die jugoslawische Seite bereit bis zur deutschen Wahlen in September auf die Antwort zu warten, jedoch die Pressekampagne wollte man schon früher anfangen.⁸¹

Die Gründe warum die jugoslawische Regierung so auf der Wiedergutmachung dringend bestanden war der chronische Geldmangel der durch die Wirtschaftskrise und daraus hervorgegangene Wirtschaftsreform, nur verschärft wurde.⁸² Der gleiche Geldmangel hat sie gezwungen im Sommer 1965 von der BRD einen Kredit und die Zahlungsverziehung der jugoslawischen Schulden zu ersuchen; um dies zu bekommen, war sie wieder bereit auf gewisse Zeit die Wiedergutmachungsforderungen zurückzustellen, obwohl nicht aufzugeben, denn die Wiedergutmachungsfrage wurde nach wie vor als der wichtigste Stein des Anstoßes in der bilateralen Beziehungen betrachtet.⁸³ Es ist aus den zugänglichen Akten ganz offensichtlich (obwohl dies niemand in aller Offenheit und in der Öffentlichkeit sagen durfte), es handelte sich für die jugoslawische Machthaber um Wirtschaftsinteressen und nicht um eine humanitäre Angelegenheit und eine moralische Pflicht über die die offizielle Propaganda oft faselte.

In diesem, für Jugoslawien ungünstigem Moment,⁸⁴ kam endlich die deutsche Note, die wie schon angedeutet worden war, eine negative Antwort enthielt.⁸⁵

Die jugoslawische Reaktion dazu war die Überlegung das Reparationsproblem bei den ehemaligen Alliierten wieder anzuregen und die Wiedergutmachungsfrage an Internationales Gerichtshof in den Haag zu bringen, um mit diesen zwei Aktionen moralischer Druck ausüben

⁷⁹ Andeutung des Präses des Bundestag-Ausschusses für WG, Hirsch gegenüber dem jugoslawischem Vertreter in Bonn, Georgijević, den 7. Mai 1965, Georgijević an das Staatssekretariat, den 7. Mai 1965; Ähnlich der Leiter des Wirtschaftsausschusses Neumann dem jugoslawischen Kollegen Popović, am 7. Mai 1965, Georgijević an Abteilung II, den 8. Mai 1965, DA PA, 1965, F. 119; Deutscher Versuch wurde als unakzeptable Einmischung der BRD in die jugoslawischen Außenpolitik abgewiesen. Sarajčić, der Leiter der Abt. II an Georgijević, den 8. Mai 1965, DA PA, 1965, F. 119.

⁸⁰ Information über den Stand der Beziehungen zwischen der SFRJ und der BRD, den 3. Juni 1965, DA PA, 1965, F. 119.

⁸¹ Ergänzung zur Information, den 20. Juni 1965, DA PA, 1965, F. 119.

⁸² Indirekt, wurde dies in internen Dokumenten zugegeben: "Man soll vor Augen haben dass unsere Verpflichtungen gegenüber der BRD so gravierend sind, so dass die Wiedergutmachung alle diese Fragen automatisch lösen würde: darum will Deutschland das effizienteste Druckmittel nicht leicht aufgeben." (Ibid.) Die gleiche Ideen wurden auf einer Sitzung über die deutsch-jugoslawischen Beziehungen im Staatssekretariat geäußert am 2. September, und Georgijević war der gleichen Meinung, den 20. August und 18. September 1965., DA PA, 1965, F. 119. Leider existiert keine gute Wirtschaftsgeschichte des sozialistischen Jugoslawien, aber es ist bekannt dass sich die wirtschaftliche Entwicklung seit 1962/63 verlangsamt hat. Die Wirtschaftsreform wurde in 1965 eingeleitet. (Petranović, Branko: Istorija Jugoslavije [Geschichte Jugoslawiens] 1918-1988, III, Beograd 1988, S. 349, 354.) Der Forscher ist versucht einen Zusammenhang zwischen der Anfang der Wiedergutmachungsaktion und die Wirtschaftskrise herzustellen, aber die einschlägige Dokumente die das eindeutig beweisen konnten, sind nicht zugänglich.

⁸³ Abteilungsvorsteher Lucić an die jugoslawische Vertretung in Bonn, den 23. September 1965, DA PA 1965, F. 119.

⁸⁴ Für die Bundesrepublik dagegen sehr günstigem, wegen des jugoslawischen Geldmangels und "schlechten Gewissens" wegen Titos Besuch in der DDR. (W. Hoffmanns Unterlage für die Besprechung mit Staatssekretär, den 1. Oktober 1965, PA AA, B 1115.)

⁸⁵ PA AA, B 86, 1115; DA PA, 1965, F. 119.

zu können.⁸⁶ Daraus wurde aber nichts. Die Gründe sind aus der Akten nicht ersichtlich.⁸⁷ Da im Verlauf des Jahres 1966 man beiderseits über die etwaige Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen allmählich zu überlegen began, glaubte vielleicht die jugoslawische Regierung die neue politische Situation für ihre Ziele besser benutzen zu können.⁸⁸

Deutscherseits existierte eine gewisse Bereitschaft die diplomatische Beziehungen wieder aufzunehmen, jedoch sie nicht ganz zu "normalisieren" - wie die jugoslawische Deiplomatie die Beseitigung der Hauptstreitfrage, und vor allem der Wiedergutmachungsfrage, nannte. Die finanzielle und außenpolitische Gründe (das Wirken des jugoslawischen Beispiels in der Deutschland-Frage auf die Länder der Dritten Welt) waren dafür maßgebend.⁸⁹

Die jugoslawische Diplomatie wiederholte ihre *ceterum censeo* routinmäßig in einer Note vom 12. Juni 1967 in der man die gewöhnliche Argumente, obwohl in mildem Ton, darlegte.⁹⁰ Sie war ein Zeichen der sich ändernden Zeiten: die Sprache des deiplomatischen Austauschs wurde mit den allmählichen Änderungen der deutschen Ostpolitik viel versöhnender. Beide Seiten hatten Interesse an Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen, so dass die Gegensätze nicht mehr unbedingt als unüberbrückbar angesehen wurden. Dabei war die jugoslawische Regierung daran interessiert, nach der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen, die Wiedermachungsfrage leichter zu lösen. Deutscherseits existierten finanzielle und politische Schwierigkeiten die dies unmöglich machten, aber der gute Wille die billaterale Beziehungen entscheidend zu verbessern war auf beiden Seiten da.⁹¹ Da die Wiedergutmachungsfrage eine der hauptsächlichen Störfaktoren war, schlug der deutsche Verteter in Belgrad Loeck, der gegen die Koppelung der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen und der Wiedergutmachungsfrage war, am 19. September vor, schon in Voraus eine Ersatzlösung in Form wirkungsvolle Wirtschaftshilfe zu überlegen, damit sich die Beziehungen nicht verschlechtern gleich nach ihre Wiederaufnahme.⁹² Die

⁸⁶ Abt. II, den 16.XI 1965; Die Entscheidung des Rechtsdienstes des Staatsekretariat, und das Elaborat desselben für die jugoslawische Regierung, den 31. Dezember 1965, DA PA, 1965, F. 119.

⁸⁷ Mitte Mai besprach man noch immer die vorgeschlagene Maßnahmen im Staatsekretariat. (Besprechungen bei dem Leiter der Abt. II anlässlich des Referats von S. Popović, Wirtschaftsrat in der jugoslawischen Vertretung in Bonn, den 18. Mai 1966, DA PA, 1966, F. 171.)

⁸⁸ Das Fehlen einer Studie über die deutsch-jugoslawischen Beziehungen nach dem Zweiten Weltkrieg verhindert den Verfasser sich zu wagen manche Schlüsse aus dem Kontext der bilateralen Beziehungen zu ziehen. Das in der Fn. 9 erwähnte Buch von Pavlica gibt leider nur einen Gesamtüberblick der äußerst mannigfaltigen und komplizierten Beziehungen. Dasselbe gilt für andere Bücher von Pavlica in den er das gleiche Material wiederkaut. (Vgl. Pavica, Branko: Sporna pitanja jugoslovensko-nemačkih odnosa [Streitfragen der jugoslawisch-deutsche Beziehungen] 1945-1990, Beograd 1998; Ders: Jugoslovensko-nemački ugovorni odnosi [Jugoslawisc-deutsche Vertragsbeziehungen]1949-1990, Beograd 1998; Ders: Nemačka kao privredni partner Srbije i Jugoslavije [Deutschland als Wirtschaftspartner Serbiens und Juzgoslawiens]1882-1992, Beograd 2003.) Der Teil des Nečaks Buch der die Zeit nach 1957 beschreibt, befasst sich mehr mit den Beziehungen DDR-Jugoslawien, als mit den Beziehungen BRD-Jugoslawien. Meine Vermutung basiert auf einer Aussage Willi Brandts gegenüber dem französischen Außenminister am 13. Januar 1967, wo er die Wiedergutmachung, Reparationen, Verhinderung der Terroristentätigkeit der jugoslawischen Emigration und das Abkommen über die Gastarbeiter als jugoslawische Bedingungen für etwaige Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit der Bundesrepublik anführte. (Vgl. AAPBRD, 1967, 1.1-31.3, München 1998, S. 85.)

⁸⁹ D.S. Schütz an W. Brandt, den 13. Februar 1967, AAPBRD, 1967, 1.1-31-3, München 1998, S. 260-261; Außenminister Brandt an Bundeskanzler Kiesinger, den 6.März 1967, Ibid, S. 412; Kastl mit dem Stellvertreter des Leiters der jugoslawischen Vertretung in Bonn, Rožman, den 14. Februar 1967, PA AA, B 86, 1115.

⁹⁰ DA PA, 1967, F. 152; PA AA, B 86, 1115.

⁹¹ LR Loeck aus der Vertretung der BRD an das Auswärtige Amt, den 19. September 1967, AAPBRD, 1967, 1.9-31.12, München 1998, S. 1276-1277.

⁹² Ibid, S. 1277.

jugoslawische Seite hat angedeutet, sie werde die Gelegenheit nicht ausnutzen das Thema "demonstrativ zu erneuern" obwohl sie hoffe dass man auch darüber reden werde.⁹³

5. Von der Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen bis zur Brioni-Formel

Am 13. Dezember entschied die Bundesregierung die Verhandlungen über die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen anzufangen, aber unter Bedingung dass "die jugoslawische Wiedergutmachungsforderungen auch nicht dem Grund nach anerkannt werden können und daß bei der Verhandlungen mit der jugoslawischen Regierung über diesen Punkt ausdrücklich Klarheit geschaffen werden muß".⁹⁴ Dies wurde am 25. Januar nächstes Jahr dem Chef der jugoslawischen Verhandlungsdelegation Dr. Zvonko Perišić klar gemacht unter Wiederholung der alten Erklärung die jugoslawische Forderung habe keine moralische oder juristische Begründung. Er hat es zum Kenntnis genommen und gebeten dass die deutsche Regierung nicht gleich nach der Wiederaufnahme der Beziehungen die negative Antwort auf die jugoslawische Note vom 12. Juli 1967 mitteile - offensichtlich die innerpolitische Lage der jugoslawischen Regierung nicht zu belasten.⁹⁵

Die deutsche Seite wußte dass die jugoslawische, die sich anfänglich⁹⁶ wirklich zurückhaltend hielt, die Frage wieder aufrollen würde⁹⁷, und vorbereitete die ablehnende Antwortnote die die Jugoslawen erwarteten.⁹⁸ Auch das Gegenmaterial wurde gesammelt, um die etweige jugoslawische Forderungen zu begegnen.⁹⁹ Im deutschen Interesse war es die Sache zu verschieben, dessto mehr da sie verschiedene juristische, finanzielle, aussen- und innenpolitische Fragen aufwarf. Vor allem alle zuständige Ressorts ware nicht einig wie man Handeln sollte. Man fürchtete besonders der Präjudizwirkung und der finanziellen Tragweite die etweige Wiedergutmachungleistungen an Jugoslawien für ähnliche Forderungen anderer osteuropäischen Länder haben könnte.¹⁰⁰ Diese Ideen und Sorgen bestimmten die interne Überlegungen über dieses Problem in nächsten vier bis fünf Jahren. Auch die Idee der Wirtschaftszusammenarbeit als Ersatz für die Wiedergutmachung tauchte wieder auf.¹⁰¹ Die Gedanken des Außenministers Brandt beganen auch in dieser Richtung zu gehen: er glaubte den Wiedergutmachungsforderungen werde man nicht ausweichen können, und darum solle man überlegen ob es "billiger und günstiger" wäre wenn die Bundesregierung etwas von sich aus vorschlagen würde.¹⁰² In diesem Kontext und im Zusammenhang mit dem

⁹³ Chefredakteur der Borba (Organ der jugoslawischen Kommunistischen Partei) Moma Marković dem Chefredakteur des Deutschlandfunks Barsig, den 5. Dezember 1967, AAPBRD, 1967, 1.1-31.12, München 1998, S. 1595.

⁹⁴ Ibid.

⁹⁵ AAPBRD, 1968, 1.1.-1.7, München 1999, S. 91.

⁹⁶ Die diplomatische Beziehungen wurden am 31. Januar 1968 wieder aufgenommen.

⁹⁷ VLR Dr. Linsser telefonisch an LR I Dr. Madlung den 12. Februar 1968; Abt. II an das Referat V7, den 13. Februar 1968, PA AA, B 86, 1376.

⁹⁸ In dem Entwurf der Note vom 9. Februar 1968 sagte man die Wiedergutmachung gehöre dem Reparationenkomplex an und werde nur ausnahmsweise gewährt. Sie sei keine rechtliche Verpflichtung. Es wurde hingewiesen es sei nicht folgerichtig wenn Jugoslawien zwei deutsche Staaten annerkannt, aber die Wiedergutmachung nur von der BRD verlangt. Der Ton der Note war sehr aussöhnend. (PA AA, B 86 1376 und B 86 1116.)

⁹⁹ Dieses Material bezog sich vor allem auf die Behandlung der Volksdeutschen und die deutsche Kriegsgefangenen in Jugoslawien nach dem Zweiten Weltkrieg. Abt. II an das Referat V7, den 13. Februar 1968, PA AA, B 86, 1376.

¹⁰⁰ Aufzeichnung der Abt. II über die Antwortnote an Jugoslawien, den 23. Februar 1968, PA AA, B 86, 1376 und 1116.

¹⁰¹ Ibid.

¹⁰² Willy Brandt am Außenpolitischen Kolloquium in Heimerzheim, den 2. Mai 1968, AAPBRD, 1968, 1.1-30.6, München 1999, S. 528.

bevorstehenden Besuch des Außenministers in Jugoslawien (Mitte Juni), überlegte man mehrere Optionen der günstigen Kredite oder Bürgschaften, die allerdings in akzeptablen finanziellen Grenzen bleiben sollten. Die direkte Wiedermachung war aber nach wie vor unannehmbar.¹⁰³ Brandt, bzw. seine Ratgeber, entwickelte solche Gedanken, die er seinen jugoslawischen Gesprächspartner mitteilen würde, auch in einem Schreiben an Bundeskanzler Kiesinger. Dort kam er auf die Formel, die etwas später als Formel von Brioni bekannt wurde¹⁰⁴, (in Fußnote kurz erklären, wie es zu dem Namen kam) die sich als wegweisend für die Lösung der Wiedergutmachungsfrage zeigen würde. Brandt bestätigte die Unmöglichkeit der Bundesrepublik die Wiedergutmachung an Jugoslawien gemäß der jugoslawischen Vorstellungen zu leisten, schlug aber vor stattdessen, sich der Zukunft zu wenden und eine Art Lösung durch verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit zu suchen.¹⁰⁵

Der jugoslawische Premierminister Mika Špiljak akzeptierte dass man die heikle Fragen für später verschieben sollte, was für die gute Atmosphäre des Besuchs sorgte.¹⁰⁶ Tatsächlich wurde das Thema nicht ausgelassen, aber es wurde mit jugoslawischem Außenminister Nikezić erst an achter Stelle erörtert. Auch mit Präsidenten Tito wurde die Frage der Wiedergutmachung besprochen. Brandt hat seinen Gesprächspartner die bekannte deutsche Stellungnahme wiederholt, zugleich aber ihre Aufmerksamkeit auf die neue, zukunftsweisende Wege, gelenkt. Obwohl Tito und Nikezić das Problem mit Nachdruck vorgetragen haben, waren auch ihnen Handels- und Gastarbeiterfrage scheinbar wichtiger.¹⁰⁷ Die Wiedergutmachungsfrage blieb jedoch der "Angelpunkt" der endgültigen Normalisierung der bilateralen Beziehungen.¹⁰⁸

Darum und um die neue deutsche Ostpolitik glaubwürdig zu machen, mußte man eine Lösung finden. Da die Kapitalhilfe in der deutschen Öffentlichkeit unpopulär war, überlegte man einen Kredit in der Höhe von 400 Mio. DM (mit wieviel man, anhand verschieden früheren Andeutungen, die jugoslawische Forderung einschätzte) dessen eigentliche Bedeutung in einem vertraulichen Schreiben festgelegt wäre.¹⁰⁹ Die Abteilung II trat für eine Pauschallösung von Staat zu Staat, mit (aus innenpolitischen Gründen) einer eventuellen Aufrechnung ("gegebenenfalls nur zahlenmäßig") der Gegenforderungen der ehemaligen Volksdeutschen und Kriegsgefangenen. Obwohl der Leiter der Wiedergutmachungs-Abteilung im BMF Dr. Féaux de la Croix mehrmals die Meinung äußerte dass "auf lange Sicht gesehen, Wiedergutmachungsleistungen an osteuropäischen Staaten aus außenpolitischen Gründen erforderlich sein würde", mußte man die Führung seines Hauses noch davon überzeugen.¹¹⁰ Seither mußte das Auswärtige Amt einen Kampf auf zwei Fronten führen: einerseits gegen übertriebenen jugoslawische Ansprüche und andererseits, gegen den Widerstand der aus dem Finanzministerium und anderen wirtschaftlichen Ressorts stammte. Dies bedeutet nicht dass es auch im Auswärtigen Amt keine Widersprüche gab: ganz im Gegenteil - der Konsens wurde recht mühsam und langsam erreicht, weil die Frage der Wiedergutmachungsleistungen an Jugoslawien eine wahrhafte Büchse der Pandora zu öffnen drohte.

¹⁰³ Aufzeichnung, Entwurf [über die Behandlung der Wiedergutmachungsfrage anlässlich des Besuches des Bundesaußenministers in Jugoslawien], den 14. Mai 1968, PA AA, B 86, 1116.

¹⁰⁴ Sie wurde nach der adriatischen Insel Brioni genannt, wo Brandt und Tito (unter anderem) über die Lösung der WG-Frage sprachen.

¹⁰⁵ Entwurf, Hoffmann, den 31. Mai 1968, PA AA, B 86, 1116.

¹⁰⁶ Mika Špiljak an Brandt, den 10. Juni 1968, PA AA, B 86, 1116.

¹⁰⁷ M.D. Ruete an das Auswärtige Amt, den 13. Juni 1968, AAPBRD, 1968, 1.1-30.6, München 1999, S. 714-719; Ibid, den 15. Juni 1968, Ibid, S. 732-734; Abt. II, den 16. September 1968, Ibid, S. 1162.

¹⁰⁸ So Dr. Radivoje Uvalić und der neuernannte Botschafter in Bonn Rudolf Čačinović mit Loeck, den 19. August 1968, PA AA, B 86, 1116.

¹⁰⁹ Abz. II, den 16. September 1968, AAPBRD, 1968, 1.7-31.12, München 1999, S. 1164-1165.

¹¹⁰ Reinkonzept der Abt. II als Entwurf, den 29. November 1968, PA AA, B 86, 1116.

Im Januar 1969, nach ein Jahr Zurückhaltung gab die jugoslawische Seite zu Verstehen dass die Wartezeit zu Ende war, und dass man die Wiedergutmachungsfrage lösen solle.¹¹¹ Jugoslawischerseits wurde auch mitgeteilt dass Minister Granfil während seines Deutschlandbesuchs den 10-11. Februar darüber reden würde. Die deutsche Seite erwartete dass er mit konkreten Ideen kommen würde, da alle bisherige jugoslawische Anspielungen ziemlich vage blieben. Der Außenminister Brandt warnte den Bundeskanzler Kiesinger schon in Voraus nur eine Lösung wie er sie in Belgrad vorgeschlagen hatte als Verhandlungsbasis anzunehmen.¹¹² Der Bundeskanzler Kiesinger teilte dem Gast mit er könne mit der Frage bis zu den Wahlen nichts anfangen¹¹³ Brandt wiederholte seine Idee, aber bevor seiner Abfahrt erpresste Granfil die Zustimmung seiner Gastgeber dass Botschafter Čačinović mit dem Leiter der Abteilung II im AA, Ruete baldige unauffällige Expertengespräche über die Wiedergutmachung verabrede.¹¹⁴

Die Dinge entwickelten sich aber nicht so schnell. Die deutsche Seite dachte über eine Wirtschaftslösung nach, und die jugoslawische kam mit keinen genaueren Summenvorschlägen, obwohl die jugoslawische Andeutungen eine Summe von 800 Mio. bis 1 oder sogar 2 Mrd. DM als wahrscheinlich ankündigten. Im Auswärtige Amt hielt man aber jede Lösung die teurer als war keine Lösung vor den Wahlen möglich.¹¹⁵ (vgl. oben) Botschafter Blachstein meldete aus Belgrad dass der jugoslawischen Regierung an "eine Zahlung [läge] die ihnen gestattet den Dinar konvertibel zu machen."¹¹⁶ Die genaue Summe wurde wieder nicht genannt. Dies beweist dass die jugoslawische Seite auf das deutsche Angebot wartete. Der Zweck war aber wieder ziemlich klar: man brauchte Geld für die Wirtschaft, und nicht um die Opfer zu entschädigen.

Deutscherseits erwartete man dass der Besuch von jugoslawischen Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten Tepavac (27-29. Juli) mehr Licht auf die jugoslawische Forderungen werfen würde. Darum wollte man vorher die eventuelle Summe und die Verhandlungskriterien überprüfen. Zu diesem Zweck regte man Datensammlung in deutschen Archiven über die jugoslawische Kriegsschäden die auf deutscher Veranlassung entsandt worden war, aber auch über Schäden die die Volksdeutschen gelitten hatten. Man hat eingesehen die deutsche "Argumentation sei etwas brüchig geworden" und dass praktisch keine objektive Unterlagen vorliegen die es der Bundesregierung möglich machen, jugoslawische Forderungen oder ihre Begründung überprüfen oder zurückweisen zu können.¹¹⁷ Offensichtlich war man auf beiden Seiten seiner Dokumentation nicht sehr sicher. Die Jugoslawen wiederholten ihre alte Opferzahlen, ohne nähere Überprüfung ob sie mit den Bestimmungen des BEG übereinstimmen. Deutscherseits zweifelte man daran, auch ohne feste Beweise, und schätzte dass die Zahl solcher Opfer nicht höher als 100.000 liegen konnte.¹¹⁸ Diese Frage würde später zu größtem Zankapfel in den Gesprächen über

¹¹¹ Wirtschaftsminister Toma Granfil dem Botschafter Blachstein, den 21. Januar 1969, PA AA, B 86, 1116.

¹¹² Brandt an Kiesinger, den 6. Februar 1969, PA AA, B 86, 1116.

¹¹³ AAPBRD, 1969, 1.1-30.6, München 2000, S. 172-173.

¹¹⁴ Ibid, S. 194.

¹¹⁵ Ruete an Brandt, den 21. April 1969, PA AA, B 42, 1351, B 86, 1116; Abt. II an Abt. V, den 29. April 1969, PA AA, B 86, 1116; Ruete an St.S. Dukwitz, den 22. Mai 1969, PA AA, B 86, 1116.

¹¹⁶ Blachstein mit dem Leiter der Abt. II Mandić, Der Deutsche auswärtige Dienst, den 2. Juni 1969, PA AA, B 42, 1344.

¹¹⁷ MDg Dr. Sahn an Ressorts, den 22. Juni 1969; Aufzeichnung, den 18. Juli 1969, PA AA, B 86, 1116; Ruete, den 3. Juli 1969, AAPBRD, 1969, 1.7-31.12, München 2000, S. 877; Protokoll Entwurf über die Ressortsbesprechungen, den 22. Juli 1969, PA AA, F 86, 1292 und 1116. MD Egon Bahr, Leiter des Planungstabes im Bundeskanzleramt bat das Bundesarchiv am 22. Oktober 1969 eine Forschung der Kriegereignisse und Opfer in Jugoslawien zu unternehmen um die Bundesregierung mit nötigen Nachweismaterial zu beliefern. (PA AA, B 86, 1117; B 42, 1351.)

¹¹⁸ Reinkonzept als Entwurf: Jugoslawische Wiedergutmachungsforderungen (Sachdarstellung) Hoffmann, den 21. Juli 1969, PA AA, F 86, 1116.

Wiedergutmachung. Die deutsche Seite glaubte "der jugoslawischen Regierung komme es in erster Linie auf eine Entschädigung für Geiselschließungen und Vergeltungsaktionen aus der Partisanenkämpfen an." Darum und wegen der eventuellen Ansprüche anderer osteuropäischen Länder, waren die Vertreter des BMF gegen Verhandlungen mit Jugoslawien von Anfang an.¹¹⁹

Der Besuch von Tepavac war eine angenehme Überraschung, weil der Gast nicht lange auf das Thema Wiedergutmachung verweilte, machte aber auf seine politische und wirtschaftliche Bedeutung aufmerksam.¹²⁰ Die deutsche Seite stellte nur den weiteren Meinungs austausch in Aussicht.¹²¹

Am 16. September kam ins Auswärtige Amt ein Memorandum der jugoslawischen Regierung in das endlich die lange erwartete Summe benannt wurde: 2 Mrd. DM. Man berief sich auf 960.000 Opfer und verlangte dass sie nicht schlechter entschädigt würden als die Franzosen, die den besten pro-Person-Durchschnitt erhielten.¹²² Die Schwierigkeiten der Opferdifferenzierung lagten also auf der Hand. Ende November informierte das Bundesarchiv den Planungsstab des Bundeskanzleramtes, es würde praktisch unmöglich sein die typische NS-Opfer von anderen zu trennen. Die Gesamtzahl der Opfer die durch deutsches Einwirkung ums Leben gekommen worden waren, gab Dr. Mommsen schätzungsweise mit höchstens 400.000 an.¹²³

Im Abteilung V war man überhaupt nicht überrascht mit die von den Jugoslawen genannte Summe: dort ging man davon aus, die Jugoslawen haben so viel verlangt, um später nachlassen zu können, und man vermutete die jugoslawische Seite würde sich letztendlich mit einer vielmal kleinere Summe zufriedengeben. Hekenberger aus der Abteilung V analysierte die Vor- und Nachteile einer deutschen Ablehnung bzw. Akzeptanz der jugoslawischen Forderungen. Als Vorteile der etweisen Ablehnung führte er die Eliminierung der Gefahr eines Präjudizes, Erhaltung der Hoffnungen dass die Reparationen im Allgemein vermieden werden könnten, Vermeidung der innenpolitischen Schwierigkeiten. Die extrem-positive Lösung hielt er für nur theoretisch. Als realistisch führte er mehrere möglichen Lösungen an. Eine wäre die Pauschalzahlung im Einklang mit dem BEG, die den Schutzwall des LSA nicht beeinträchtigen würde. Die Kosten würden wahrscheinlich nicht all zu hoch, und die präjudizielle Auswirkung auf die andere osteuropäische Länder am geringsten. Das Schlechte an dieser Lösungsmöglichkeit wäre dass die Jugoslawen mit der Summe bestimmt nicht zufrieden wären, und die deutschen Heimvertriebenen- und Heimkehrerverbänden würden Krach schlagen. Die zweite Möglichkeit wäre, die jugoslawische Forderungen mit den der volksdeutschen Vertriebenen aufzurechnen. In diesem Fall würden die Verhandlungen viel schwieriger und vielleicht würde keinen Platz für die deutsche Zahlung bleiben. Als dritte Lösungsmöglichkeit, schlug er vor "kaschierter stillschweigender Friedensvertrag", d.h. eine pauschale Regelung aller bilateralen Fragen anhand sehr großzügig angelegten Wiedergutmachungsprinzipien die der jugoslawischen Regierung ermöglichen würden auch die ehemalige Partisanen zu entschädigen. Diese Lösung wäre aber zu teuer: gegenüber Jugoslawien, gegenüber anderen osteuropäischen Staaten, gegenüber die Vertriebenen (die Leistungen über das LAG verlangen würden) usw. Eine andere Möglichkeit wäre die Wirtschaftslösung, die aber unmöglich sei, da Jugoslawien immer auf der Wiedergutmachung bestanden hatte. Am Ende kam er über die unmittelbare Schwierigkeiten zu sprechen:

¹¹⁹ Protokoll Entwurf über die Ressortsbesprechungen, den 22. Juli 1969, PA AA, F 86, 1292 und 1116.

¹²⁰ Medding über den Besuch von Tepavac, den 1. August 1969, PA AA, B 86, 1292; Abt. II, den 8. August 1969, PA AA, B 42, 1351.

¹²¹ Medding, den 1. August 1969, PA AA, B 86, 1292.

¹²² PA AA, B 86, 1376; B 42, 1351.

¹²³ Dr. Mommsen an Planungsstab des Bundeskanzleramtes, den 25. November 1969, PA AA, B 42, 1351; B 86, 1376.

zunächst sollte man die Zustimmung des BMF und der Bundesregierung für die Gespräche mit den Jugoslawen holen.¹²⁴ Für eine Regelung der Wiedergutmachungsfrage mit Jugoslawien sprachen die Tatsache dass auch die Bundesregierung im Rahmen ihrer Ostpolitik, vom Alleinvertretungsanspruch abgerückt ist, so dass dieses Argument nur als Hilfsmittel die Wiedergutmachungssumme zu verkleinern gebraucht werden konnte. Von einer Wiedergutmachungsleistung erwartete man außenpolitische, aber auch wirtschaftliche Vorteile für die Bundesrepublik.¹²⁵ Diese Überlegungen wurden von jugoslawischem Memorandum vom 18. September veranlasst, spiegelten aber der Gedankengang der Angestellten des Auswärtiges Amt über das Thema wider, der sich auch in nächsten Jahren in diesen Bahnen bewegen würde. Im BMF hatte man andere Sorgen: dort kam man zum Schluß dass etwaige Wiedergutmachungsleistungen an alle osteuropäische Länder ohne UdSSR, zwischen 11 und 19 Mrd. DM, (oder sogar mehr!) betragen würden.¹²⁶ Wegen alle dieser Elementen die die Sache ungemein komplizierten, ließ die deutsche Antwortnote auf sich warten.

Wegen der mangelhaften deutschen Unterlagen wollte man die langwierige Auseinandersetzung um die jugoslawischen Opferzahlen vermeiden, und in Ressortsbesprechungen kam zum Schluß, es wäre besser eine Pauschalsumme anzubieten.¹²⁷ Die strittigste Frage dabei blieb (und zwar in Diskussionen zwischen Ressorts und mit den jugoslawischen Vertretern) wie hoch die Summe sein sollte. Außerdem, die Frage der Post-65-Fälle (weil das evtl. Abkommen mit Jugoslawien nach 1965 getroffen würde) würde sich mit einer Wiedergutmachung an Jugoslawien öffnen. In anderen Worten, eine Lösung für Jugoslawien würde nicht nur eine Einzellösung; sie sollte mit einer Reihe möglichen weiteren Fragen und deren Lösungen behandelt werden. Anfang 1970 war das zusätzliche Problem dass der neue Finanzminister noch keine Stellungnahme hatte.¹²⁸ Es würde sich bald herausstellen, dass eine der Schwierigsten Aufgaben des Auswärtigen Amtes war, das BMF für seine Absichten die ja überwiegend politisch gefärbt worden waren, zu gewinnen.¹²⁹

Die jugoslawische Seite versuchte den Entscheidungsprozess durch ein neues Memorandum am 23. Dezember 1969¹³⁰ zu beschleunigen, aber dem Botschafter Čačinović wurde Ende Januar 1970 im Auswärtigen Amt gesagt, nicht einmal die Expertengespräche können im Februar beginnen, da die Bundesregierung noch Unterlagen (einschließlich der Summe) brauche um eine Entscheidung darüber zu treffen.¹³¹ Der Botschafter machte ein anderer Versuch am 12. Februar bei dem Leiter der Abteilung II Ruete, aber ihm wurde gesagt die Sachverständigengespräche können nicht beginnen eher die deutsche Seite ein Bild über die Zahl der berechtigten Ansprüche bekomme.¹³²

Die jugoslawische Regierung hatte es aber eilig - und zwar aus Wirtschaftsgründen: sie hoffte durch eine Regelung der Wiedergutmachungsfrage aus der Notlage herauszukommen, die durch das Anwachsen des Zahlungs-bilanzdefizit bei hoher Auslandsverschuldung entstanden worden war.

Das größte Hindernis für die Aufnahme der Expertengespräche waren eben die Fachleute die mit ihren jugoslawischen Kollegen verhandeln sollten: die Angestellten des

¹²⁴ Aufzeichnung, Entwurf, Hekenberger, Abt. V, den 6. Dezember 1969, PA AA, B 86, 1117.

¹²⁵ Entwurf, März 1970, PA AA, B 42, 1351. Im Dokument sprach man aber von einer Wiedergutmachung nach den Grundsätzen des BEG die nicht höher als 400 Mio. DM betragen sollte.

¹²⁶ Parlamentarischer Staatssekretär Dr. Reischel für den BMF, den 19. März 1970, PA AA, B 42, 1351.

¹²⁷ Noebel an Dr. Per Fischer, den 12. Januar 1970, PA AA, B 42, 1351; Ressortsbesprechung, den 15. Januar 1970, PA AA, B 86, 1117.

¹²⁸ Gedächtnisprotokoll im BMF, den 16. Januar 1970, PA AA, B 86, 1117.

¹²⁹ VLR I von Alten, den 12. Februar 1970, PA AA, B 42, 1351.

¹³⁰ PA AA, B 42, 1351

¹³¹ Von Alten, Kurzniederschrift, den 26. Januar 1970, PA AA, B 86, 1117; B 42, 1344.

¹³² Aufzeichnung, Ruete, den 13. Januar 1970, PA AA, B 42, 1351.

BMF, vom Leiter der Wiedergutmachungsabteilung Dr. Féaux de la Croix an der Spitze. Er zweifelte der Finanzminister würde die vorgeschlagenen 400 Mio. ausgeben. Nach seiner Meinung, wenn das Problem auf gleiche Weise wie Westverträge gelöst wäre, würde Jugoslawien auf nur 40 Mio. berechtigt sein, aber auch in diesem Fall hatte er Angst vor präjudizieller Wirkung auf osteuropäische Staaten. Er sah jede Wiedergutmachungsleistung als Durchbrechung des LSA. Seiner Meinung nach, würde die Einschließung der Partisanenopfer das LSA ganz zerreißen würde und wahrscheinlich die Kosten von 11 bis 20 Mrd. für Personenschäden in Osteuropa, verursachen.¹³³

Nach langwierigen Verhandlungen zwischen mehreren Ressorts, erlaubte die Bundesregierung dass der deutsche Unterhändler Dr. Féaux de la Croix mit den jugoslawischen, Dr. Zvonko Perišić am 9. und 10. Juni in Bad Homburg einen Sondierungsgespräch eingeht.

Perišić wollte gleich über die Lösung sprechen, aber Féaux hat dies abgelehnt, da die Auffassungen der Gesprächspartner "himmelweit auseinandergehen" - dies betraf vor allem die Opferzahl. Perišić hat die gewöhnliche jugoslawische Argumente über die Rechtspflicht der BRD und die Unmöglichkeit auf die Wiedergutmachung noch länger zu warten verwiesen. Er wiederholte sowohl die alte Angabe von 950.000 Opfer, die nach jugoslawischen Verständnis, wiedergutmachungsfähig seien, als auch die verlangte Summe von 2 Mrd. Deutscherseits wurde behauptet, die jugoslawische Zahl schließt hauptsächlich Widerstandskämpfer, Zwangsarbeiter und Nationalgeschädigte die alle unter Reparationsforderungen fielen. Das deutsche Volksdeutsche-Gegenargument hat räumte Perišić einfach weg mit der Hinweis die Volksdeutschen seien Verbrecher gewesen und sie seien darum bestraft worden. Wichtig war der Eindruck den der deutsche Vertreter bekam, dass obwohl die Jugoslawen 2 Mrd. DM verlangten, sie eigentlich sich mit viel weniger begnügen würden (um 1 Mrd.). Die Gesprächspartner haben sich geeinigt Ende Juli in Jugoslawien sich wieder zu treffen.¹³⁴

Die Gespräche wurden am 12. Juni von Unterarbeitsgruppe Rechtsfragen vorbereitet. Féaux hat vorgeschlagen BRD könne auf der Linie des deutsch-griechisches Pauschalabkommens taktieren - um in den Grenzen des BEG zu bleiben, und zugleich Jugoslawien etwas mehr anbieten zu können. Fauser aus dem BMF übergab das jugoslawische Memorandum über die Opfer, aus dem herausgehe, nur 10% der jugoslawischen Opfer der typischen NS-Verfolgung seien.¹³⁵ Nach einer Rechnung die eine Parallele mit Griechenland (Bevölkerungszahl, Opferzahl, Gesamtbetrag) zieht, konnte Jugoslawien für die echte NS-Opfer (vor allem Juden und ideologische Feinde des Nationalsozialismus) zwischen 116 und 128 Mio. DM bekommen. Im einem anonymen Dokument geht man davon aus, das ein Betrag höher als 150 Mio. wahrscheinlich Nachforderungen der Weststaaten hervorrufen würde.¹³⁶

Das zweite Treffen erfolgte am 4. und 7. August in Cavtat. Die zwei Gesprächspartner erklärten weiter ihre Standpunkte. Féaux trug vor die deutsche Auffassung warum die BRD jugoslawische Forderungen vom juristischen Standpunkt nicht annehmen könnte. Perišić ließ

¹³³ Féaux de la Croix an MD Groepper, den 2. April 1970, PA AA, B 86, 1117. Die gleiche Ideen hat er während der Besprechungen im Bundeskanzleramt am 15. April vertreten. Er ergänzte seine Argumentation durch eine Mahnung dass wenn das Geld für die Wiedergutmachung asgegeben würde, bliebe nicht genug für die nötige Reformen. Er erwähnte auch die mögliche Aufrechnung gegen das volksdeutsche Vermögen, warnte aber, man solle damit vorsichtig umgehen. PA AA, B 86, 1269.

¹³⁴ Féaux de la Croix, Aufzeichnung, den 11. Juni 1970, PA AA, B 86, 1376; B 42, 1352; Dr. Vieregge, Referat IV/5, den 8. Oktober 1970, PA AA, B 42, 1351.

¹³⁵ Vermerk, den 12. Juni 1970, PA AA, B 86, 1269 und 1351. Am 7. Juli schickte das Bundesarchiv seinen Zwischenbericht über die jugoslawischen Kriegsopfer in dem geschätzt wurde, in Jugoslawien gab es nur etwa 70.000 Fälle der Opfer im Sinne des BEG. (Dr. Kohte, den 7. Juli 1970, PA AA, B 86, 1376.)

¹³⁶ Zur Frage der jugoslawischen Forderung, August 1970, PA AA, B 86, 1376.

durchblicken dass seine Regierung sich auch mit weniger als 2 Mrd. zufriedengeben würde. Féaux schlug das Pauschalabkommen mit Griechenland als mögliches Lösungsmodell, aber Perišić benutzte wieder "Säumniszuschlag"- Argument, d.h. Jugoslawien solle mehr bekommen, da es 10 Jahre nach den westlichen Staaten entschädigt würde. Féaux de la Croix lehnte die deutsche Verantwortung für die Greuelthaten der Ustascha ab.¹³⁷

Da die historische Gegebenheiten nicht genau festgestellt werden konnten, vertrat Feaux die Meinung (die er mehrmals während der Diskussion äußerte) in solchen Sachen entscheiden nicht die Argumente sondern der Sieg in der Machtprobe, bzw. Fingerspitzengefühl. Er hat zugegeben dass die Westverträge in dieser Hinsicht auch nicht einwandfrei waren, und dass dies dem Perišić bekannt sei. Darum drehte sich die Hauptdiskussion an der Ressortsbesprechung am 20. August um der Summe die die Bundesregierung der jugoslawischen anbieten sollte. Die Teilnehmer, von Féaux dazu bewegt, haben sich geeinigt dass man bis 400 Mio. anbieten solle.¹³⁸

Am 13. November war die Abteilung V in einer Aufzeichnung geneigt auch diese Summe als mögliche Lösung anzusehen, unter der Bedingung dass die Bundesregierung sich hinwegsetzt über den Unterschied zwischen den NS- und Nationalverfolgten und zumindestens stillschweigend hinnehme dass Jugoslawien aus diesen Mitteln auch Partisanen und Widerstandskämpfer entschädigt.¹³⁹ Eine andere Ressortsbesprechung am 20. November entschloß dass Jugoslawien eine Summe die zwischen der Frankreichs und der Griechenlands liegen würde bekommen konnte, und zwar durch eine Wiedergutmachung in Einklang mit dem BEG und durch eine große Kapitalhilfe (bis 300 Mio.) - wenn die jugoslawische Regierung dafür eine "Abschlußquittung" gewähre.¹⁴⁰ Diese Ideen wurden den gleichen Tag dem Bundesminister Walter Scheel der fünf Tage nachher nach Belgrad reisen sollte, angeraten.¹⁴¹

Scheel hat die Ratschläge angenommen,¹⁴² und sie ihrem Gastgeber, Staatssekretär Mirko Tepavac vorgetragen. Er schlug vor, zurück zur kombinierten Lösung zu kehren, die setzte voraus eine kleinere Wiedergutmachung und größere Kapitalhilfe (cca. 300 Mio., oder vielleicht etwas mehr) die durch getrennte Verhandlungen erreicht werden sollten. Er hat die grundsätzliche Zustimmung für die Expertengespräche gegeben.¹⁴³ Die deutsche Seite schätzte die jugoslawische Reaktion als im Grunde genommen positiv,¹⁴⁴ aber die Jugoslawen selbst wollten dass die Wiedergutmachung direkt und klar juristisch anerkannt wird.¹⁴⁵ Nach offiziellen jugoslawischen Aufzeichnungen, war Scheel einverstanden dass man die Wiedergutmachung für Einzelopfer als pauschale Schuld der Bundesregierung gegenüber der jugoslawischen anrechnet, da sie (die jugoslawische Regierung) die Wiedergutmachung schon geleistet hätte, was der Bundesminister zugegeben hätte.¹⁴⁶ Auf diese Weise wurde den deutschen Gesprächspartnern unmißverständlich wissen gelassen dass die Einzelpersonen eigentlich keine Entschädigung bekommen würden.¹⁴⁷

¹³⁷ Ressortsbesprechung, den 20. August 1970, AAPBRD, 1970, 1.5-30.9, München 2001, 1513-1514.

¹³⁸ Ibid, S. 1515-1525.

¹³⁹ Dr. von Keller, den 13. November 1970, PA AA, B 42, 1351

¹⁴⁰ AAPBRD, 1970, 1.5-30.9, München 2001, S. 1527

¹⁴¹ Sprechzettel für die Staatssekretärsbesprechung, den 20. November 1970, PA AA, B 42, 1351.

¹⁴² St.S. Dr. Schöllhorn an St.S. Egon Bahr, den 24. November 1970, PA AA, B 42, 1351.

¹⁴³ Protokoll, den 25. November 1970, PA AA, B 42, 1344.

¹⁴⁴ Persönliche Information für den ehemaligen Bundesminister Schröder, den 2. Dezember 1970 (?), PA AA, B 42, 1344.

¹⁴⁵ Das Kabinett des Staatssekretärs (des Außenministers), Bericht über den Besuch von Scheel, den 10. Dezember 1970, DA PA, 1970, F. 139.

¹⁴⁶ Aufzeichnung über die Gespräche Tepavac-Scheel, den 2. Dezember 1970, DA PA, 1970, F. 139.

¹⁴⁷ Dies wurde wieder deutlich als jugoslawischer Wirtschaftsminister Toma Granfil am 25. Februar 1971 bei Botschafter Jaenicke intervenierte um die Wiedergutmachungen zu beschleunigen, seine Bitte mit dem äußersten Devisenmangel begründend. (DA PA, 1971, F. 102.)

Am 17. Dezember 1970 akzeptierte die Bundesregierung diesen Vorschlag und anordnete man solle auf dieser Basis die Verhandlungen einleiten.¹⁴⁸ Bis Anfang April nächstes Jahr geschah aber nichts, was die deutsche Seite mit technischen Gründen erklärte.¹⁴⁹ Die deutsche Seite bestand auf der Geheimhaltung der getrennten Verhandlungen über die Wiedergutmachung und Kapitalhilfe.¹⁵⁰

Die Dinge kamen in Bewegung erst mit dem Gespräch zwischen StS. Bahr und dem Botschafter Čačinović am 19. Mai 1971. Bahr bot erst 20, dann aber 100 Mio. als Wiedergutmachung und noch 300 Mio. als Kapitalhilfe, und zwar nach dem Grundsatz *take it or leave*. Sonst, meinte er, es wäre besser dass man die ganze Sache vergesse, damit sie die Beziehungen nicht störe. Der Botschafter insistierte auf mindestens 400 Mio. als Wiedergutmachung. Bahr bestand auf die Formel 100 + 300 Mio (Wiedergutmachung + Kredit). Die Fortsetzung des Gespräches am 10. Juni führte zu kein Ergebnis, so dass die Verhandlungen unterbrochen wurden. Den nächsten Tag in Belgrad, Perišić teilte Loeck mit, Jugoslawien würde eine Wiedergutmachung über 400 Mio. in Kombination mit größerer Kapitalhilfe und einem projektungebundenen Kredit akzeptieren. Er schlug vor, die Wiedergutmachungsverhandlungen Mitte Juli fortzusetzen und baldige Kapitalhilfeverhandlungen: wenn hier gute Resultate erzielt würden, wäre die jugoslawische Seite bereit in der Wiedergutmachungsfrage Abstriche zu machen.¹⁵¹

Um den Stillstand zu brechen, boten Scheel, St.S. Franck und Loeck dem Botschafter Čačinović und dem Unterstaatssekretär Vratuša, am 25. Juni in Bonn wieder die Wiedergutmachung, Kapitalhilfe und einen Entwicklungskredit an. Die Jugoslawen störte die Tatsache dass die drei Leistungen in einem Paket angeboten wurden, und sie wollten sie getrennt wissen.¹⁵² Die Summen wären 100, 300 bzw. 350 Mio. Die jugoslawische Vertreter gingen in die Diskussion über die Summen nicht ein aber die Bündelung war für sie von vornherein unakzeptabel.¹⁵³

Die, freilich unausgesprochene, Gründen für so entschiedene Ablehnung waren wahrscheinlich politisch und wirtschaftlich zugleich: eine kleine Wiedergutmachung konnte man dem Volk schlecht erklären und einen großen (wenn auch günstigen) Kredit müsste man eines Tages zurückzahlen. Deutscherseits bestand man auf die Koppelung der drei Leistungen weil dies innen- und außenpolitisch, aber auch finanziell viel tragbarer war. Dabei war die Bundesrepublik in einer günstigeren Lage da Jugoslawien sie eben um einen Stabilisierungskredit gebeten hatte. In solcher schwierigen finanziellen Situation wollte die jugoslawische Diplomatie die Wiedergutmachungsfrage als Druckmittel benutzen, um den Stabilisierungskredit zu bekommen. Dabei wollte man sich der alten Argumente über Kriegsschäden, unbezahlten Reparationen usw. bedienen, aber man rechnete auch mit dem Druck der ehemaligen Westalliierten.¹⁵⁴

¹⁴⁸ AAPBRD, 1970, 1.5-30.9, München 2001, S. 1527.

¹⁴⁹ Aufzeichnung über das Gespräch des Leiters der Abteilung II N. Mandić mit dem MR H.W. Loeck aus der deutschen Botschaft, Loeck, den 1. April 1971, DA PA, 1971, F. 102.

¹⁵⁰ Loeck dem Leiter der Abteilung für Deutschland, Österreich und die Schweiz, Željko Jeglič, den 7. April 1971, DA PA, 1971, F. 102.

¹⁵¹ AAPBRD, 1971, 1.5-30.9, München 2002, S. 806-809.

¹⁵² Čačinović, Aufzeichnung, den 25. Juni 1971, DA PA, 1971, F. 102.

¹⁵³ Aufzeichnung des Gespräches Loeck-Perišić, den 1. Juli 1971, DA PA, 1971, F. 102; AAPBRD, 1971, 1.5-30.9, München 2002, S. 1037-1038.

¹⁵⁴ Vorschlag über den Vorgang in Wiedergutmachungsfrage, den 2. Juli 1971, DA PA, 1971, F. 102. Am 30. Juli sandte die jugoslawische Diplomatie ein Memorandum über die Wiedergutmachungsfrage an das Auswärtigen Amt in dem die alte Argumentation über die Wiedergutmachung als einen Teil der Reparationen und deutsche Pflicht gesprochen wurde. Man berief sich auch auf die Verpflichtung der BRD die Gläubiger nicht zu diskriminieren. Die deutsche Antwort kam am 30. November. Man widerlegte die Wiedergutmachung sei ein Teil der Reparationen. Die Westabkommen seien aus humanitären und moralischen Gründen geschlossen worden. Man drehte das jugoslawische Gleichbehandlungsargument um, behauptend dass eben wegen der

Da deutscherseits das BMF, zum großen Ärger des Auswärtigen Amtes, der möglichen Ausgaben für die etwaige Wiedergutmachungsleistungen enge Grenzen gesetzt hatte,¹⁵⁵ versuchte man andere Wege zu finden. Man glaubte sie gefunden zu haben als die Bundesregierung am 6. September die Entscheidung fasste der jugoslawischer Seite eine Bürgschaftszusage zur Mobilisierung eines Bankenkredits zur Entlastung jugoslawischer Rückzahlungsverpflichtungen, bis 300 Mio. DM anzubieten, wenn die jugoslawische Regierung das Verhandlungspaket über die Wiedergutmachung und Kapitalhilfe akzeptierte.¹⁵⁶ Die jugoslawische Regierung der die Koppelung zwei oder drei Finanzfragen gegen den Strich ging, wollte 200 Mio. \$ (also viel mehr als die angebotene deutsche Garantien betragen) als Stabilisierungskredit bekommen. Die deutsche Seite war aber nicht bereit oder im Stande mehr als 300 Mio. DM Bürgschaften + 100 Mio. Wiedergutmachung + 300 Mio Kapitalhilfe anzubieten. Finanziel bedrängt, baten die jugoslawische Verhandler dann mindestens 450 Mio. DM.¹⁵⁷ Den jugoslawischen Unterhändlern ist es praktisch gelungen die Verhandlungen in ihnen genehmen Richtung zu lenken d.h. man verhandelte nur über die Kreditbürgschaften und nicht über das "Verhandlungspaket", von dem sie also ein Teil gespalten haben.¹⁵⁸ Die Wiedergutmachungsfrage blieb aber nach wie vor ungelöst.

Am 7. Dezember regte Čačinović bei St.S. Dr. Franck neue Sondierungsgespräche an. Er schlug vor die Summe von 400 Mio. DM für die Wiedergutmachung als Verhandlungsbasis.¹⁵⁹ Am Ende des Jahres wurde die Einladung offizielle Verhandlungen nach den Sondierungsgespräche anzunehmen, mit einem Memorandum Čačinovićs an Franck formalisiert.¹⁶⁰ Die weitere informelle Gespräche während der ersten Monate des 1972, haben zwei wichtige Entwicklungen hervorgebracht: einerseits stimmte die deutsche Seite zu die Wiedergutmachung (als solche!) in der Höhe bis 400 Mio. DM anzubieten, und andererseits akzeptierte die jugoslawische Seite am 14. Juli die Kapitalhilfe in der Höhe von 300 Mio, in Kombination mit der Verschiebung der Wiedergutmachungsverhandlungen.¹⁶¹ Dabei verfuhr die jugoslawische Regierung ganz pragmatisch: die Wiedergutmachungsfrage konnte wegen der gegengesetzten Auffassungen nicht gelöst werden, aber man dringend Geld brauchte. Um die bilaterale Beziehungen nicht unnötig zu belasten, mußten die deutsche Verhandlungsführer (**Beamten?**) die Wiedergutmachungsfrage und die Kapitalhilfe teilweise trennen: das endgültige Abkommen wurde erst am 20. Dezember geschlossen : Jugoslawien erhielt Kapitalhilfe in der Höhe von 300 Mio. DM, verpflichtete sich aber in einem Brief von Botschafter Čačinović an Dr. Franck, die Summe werde in die Wiedergutmachungssumme angerechnet werden, einmal wenn die zwei Staaten einen Abkommen darüber schließen.¹⁶²

Der "Waffenstillstand" dauerte aber nicht lange. Schon Anfang Januar 1973 sprach Minister ohne Ressort Šnuderl das Thema in einem Gespräch mit Loeck an. Zwar sagte er Jugoslawien wolle das Problem vor dem Besuch des Bundeskanzlers Willy Brandt mitte April

Gleichbehandlung Jugoslawien könne nur solche Leistungen bekommen wie die Weststaaten, d.h. ohne Entschädigung für die Opfer der Ustascha. (DA PA, 1971, F. 102; AAPBRD, 1971, 1.10-31.12, München 2002, S. 1538.)

¹⁵⁵ Loock im Gespräch mit Jeglič am 28. Juli 1971, DA PA 1971, F. 102.

¹⁵⁶ AAPBRD, 1971, 1.5-30.9, München 2002, S. 1343.

¹⁵⁷ Vermerk über das Gespräch BM Schiller- jugoslawischer Minister Šnuderl, den 20. Oktober 1971, PA AA, B 42, 1347.

¹⁵⁸ Letztendlich schloß man einen Kompromis: Jugoslawien akzeptierte 300 Mio, bekam zwei Jahre später noch 150 Mio. (AAPBRD, 1971, 1.10-31.12, München 2002, S. 1538.)

¹⁵⁹ AAPBRD, 1971, 1.10-31.12, München 2002, S. 1913.

¹⁶⁰ Čačinović an Staatssekretariat, den 30. Dezember 1971, (DA PA, 1970, F. 102.)

¹⁶¹ AAPBRD, 1972, 1.1-31.5, München 2003, S. 259-262, 409-410, 744; Vermerk über das Gespräch Jaenicke-Šnuderl, den 15. Mai 1972, DA PA, 1972, F. 92; Staatssekretariat an Čačinović, den 14. Juli 1972, DA PA, 1972, F. 91.

¹⁶² Das Elaborat: Die Entschädigung für die NS-Opfer, den 11. April 1973; Anonyme Notiz, Dezember 1972, DA PA, 1973, F. 85. Der Text in: PA AA, B42, 116 722.

nicht wieder aufnehmen, aber man erwarte dass der Gast mit ihren Gastgeber auch darüber sprechen würde um die Sache voranzutreiben.¹⁶³ Man gab aber zu verstehen dass der Besuch durch Lösung keiner Frage bedingt war.¹⁶⁴ Vor dem Bundeskanzlers Besuch war die jugoslawische Seite bereit 1 Mrd. DM, wenn sie angeboten wären, als Lösung der Wiedergutmachungsfrage anzunehmen.¹⁶⁵ Man wollte aber im Voraus signalisieren, dass wenn das Angebot unter diese Summe liege, es besser wäre dass es von Brandt überhaupt nicht vorgeschlagen werde, um die Atmosphäre des Besuchs nicht zu verderben. In diesem Fall würde man die Wiederaufnahme der Verhandlungen fordern.¹⁶⁶ Der Botschafter Jaenicke, prophezeite, die Lösung könne nur unter vier Augen (d.h. zwischen Tito und Brandt) erreicht werden.¹⁶⁷

Tatsächlich wurde die Wiedergutmachungsfrage bei Brandts Besuch besprochen. Der Vorsteher des Bundesausführungsrates (Regierungschef) Džemal Bijedić sagte man solle bald eine Lösung finden, da diese Frage die Entwicklung der deutsch-jugoslawische Beziehungen beschränke. Brandt stimmte zu, und trat für eine zukunftsorientierte Lösung ein. Weit wichtiger war das Gespräch mit Tito auf der Insel Brioni. Tito regte an, man suche eine annehmbare Formel, und schlug vor, den Titel Kapitalhilfe oder Ähnliches. Der Bundeskanzler erklärte sich bereit nach eine Lösung zu suchen die die Vergangenheit überwinden würde und zugleich zukunftsweisend und innenpolitisch tragbar würde. Dabei stimmten die zwei Staatsmänner eine Lösung durch die langfristige Wirtschaftszusammenarbeit zu erzielen und dass die Fachleute bis zum Ende des Jahres die Form der Lösung und die Realisierungsweise ausfindig machen.¹⁶⁸ Die Abmachung von Brioni war ein Meilenstein auf dem Weg der Lösung der Wiedergutmachungsfrage. Fünf Jahre nachdem – noch als Minister – Brandt zum ersten Mal eine indirekte Lösung durch die wirtschaftliche Zusammenarbeit vorgeschlagen hatte¹⁶⁹, gab die jugoslawische Seite die direkte Lösung die sich als unrealisierbar erwiesen hatte, auf, und akzeptierte den indirekten Weg um zur gewünschten Summe zu kommen.

Der jugoslawische Minister Šnuderl der während des Besuches mit seinen deutschen Kollegen über die Summe redete, meinte 500 Mio. mit die 300 die Jugoslawien schon voriges Jahr bekommen hatte, machen den Unterschied kleiner, und er hoffte man werde schon eine Übereinstimmung erreichen können.¹⁷⁰

Am 11. Oktober war es soweit dass sich Brandt, Bahr, Friedrichs und Schmidt geeinigt haben Jugoslawien 400 Mio. als Kapitalhilfe und 300 Mio. als Kredit unter

¹⁶³ AAPBRD, 1973, 1.1-30.4, München 2004, S. 23-26; Das Elaborat: Politische Konsultationen zwischen dem Staatssekretariat für auswärtige Angelegenheiten und dem Auswärtigen Amt der BRD, 7. April 1973, DA PA, 1973, F. 85.

¹⁶⁴ Unterstaatssekretär V. Pekić dem Botschafter Jaenicke, den 15. Februar 1973, DA PA 1973, F. 85.

¹⁶⁵ Man hegte zwar keine große Hoffnungen, war aber bereit in diesem Fall parallele Verhandlungen über die Kapitalhilfe (durch die man bereit war einen Teil der Wiedergutmachung anzunehmen) aufzunehmen. (Das Elaborat: Die Entschädigung der NS-Opfer, den 11. April 1973, DA PA, 1973, F. 85.)

¹⁶⁶ Aufzeichnung des Dienstes für Rechtsangelegenheiten des Staatssekretariat für auswärtige Angelegenheiten, den 27. März 1973, DA PA, 1973, F. 85.

¹⁶⁷ Das Gespräch zwischen Jeglič, chargé d'affaires der jugoslawischen Botschaft in Bonn mit Jaenicke, den 28. März 1973, DA PA, 1973, F. 85.

¹⁶⁸ Der Bericht über den offiziellen Besuch des Kanzlers der BRD Willy Brandt in Jugoslawien, 16-19. April 1973, den 7. Juni 1973, DA PA, 1973, F. 85; AAPBRD, 1973, 1.1-30.4, München 2004, 552.

¹⁶⁹ Die deutsche Seite wollte nicht dass die Wiedergutmachung offiziell erwähnt wird, um die Präjudizgefahr im Bezug auf die Forderungen osteuropäischen Ländern und eventuelle Nachforderungen der westlichen. Information über wichtigen Gesprächen während des Besuch von Bundeskanzler Brandt im April 1973, Das Kabinett von B. Šnuderl, den 8. Mai 1973, DA PA, 1973, F. 85.

¹⁷⁰ Ibid.

Marktbedingungen anzubieten. Wenn die jugoslawische Seite mit der Summe einverstanden würde, könnte man die Verhandlungen über die Realisierung und Modalitäten aufnehmen.¹⁷¹

Im November 1973 einigten sich der Bundesminister Bahr und der jugoslawischer Botschafter Budimir Lončar über die Summe von 700 Mio. DM (wie in erstem jugoslawischen Vorschlag) und über die Mehrheit der technischen Fragen. Offen blieb nur noch die Verwendung und der Zeitraum der Auszahlung. Die Frage der Verwendung war eine der wichtigsten: jugoslawischerseits bestand man auf eine projektungebundene Kapitalhilfe (was Präsidenten aller jugoslawischen Republiken und der Premierminister befürworteten) was aber für die Bundesregierung aus innenpolitischen Gründen unannehmbar war. Lončar und Bundesminister Eppler führten mehrere Gespräche darüber die aber zur keine Lösung führten. Aus einer technischen Frage wurde ein Politicum. Am 2. Februar war es soweit dass Eppler seinem Gesprächspartner sagte, unter jugoslawischen Bedingungen könne es kein Kapitalhilfeabkommen geben.¹⁷² Der Auffassung der Bundesregierung nach, sollte die Kapitalhilfe die Entwicklungsungleichheit der Wirtschaft in Jugoslawien mildern, neue Arbeitsplätze öffnen (damit die Gastarbeiter heimkehren) und deutsch-jugoslawische Wirtschaftszusammenarbeit fördern. Auf dieser Grundlage wollte man verhandeln und die Kritik der Oposition zu Hause beschwichtigen.¹⁷³ Um den Unwille der Oposition zu brechen bediente sich die Regierung der Argumentation dass Jugoslawien die Frage der Wiedergutmachung als Drückmittel immer wieder verwendete und dass keine andere jugoslawische Regierung nach Tito so eine Lösung akzeptieren könnte.¹⁷⁴

Endlich in erster Hälfte von Februar 1974 akzeptierte die jugoslawische Regierung dass die Kapitalhilfe in zwei Teile (ein projektgebundener - für das jugoslawische Energiesystem - und ein projektungebundener - für die Beziehung der deutschen Waren) geteilt werde. Man verständigte sich auf fünf Raten in vier Jahren, mit zwei Raten in 1974.¹⁷⁵

Nach den Vorgesprächen mit den Jugoslawen, bekam Eppler am 27. Februar 1974 die Vollmacht von der Bundesregierung die offizielle Verhandlungen zu führen die jetzt auch die jugoslawische Seite wünschte.¹⁷⁶ Die Gespräche in vier Augen zwischen Eppler und Lončar gingen aber weiter bis anfang April.¹⁷⁷ Für die lange Dauer der Vorgespräche beschuldigte die jugoslawische Seite die Bundesregierung, die angeblich, wenn alles entschieden schien, immer neue Bedingungen stellte.¹⁷⁸ Deutscherseits wurde gemeint, die Bedingungen seien minimal gewesen und unvermeidlich bei einem Kapitalhilfeabkommen.¹⁷⁹ Endlich haben die

¹⁷¹ Ibid, S. 1266. Jugoslawischerseits wurde ende Oktober auf baldige Verhandlungen gedrängt; die Prinzipien der Zusammenarbeit sollte man schon im Voraus festlegen (Weise, Umfang der Kapitalhilfe, Bedingungen). (Das Schreiben Maksićs an Botschafter Jaenicke, den 23. Oktober 1973. PA AA, B 42, 112 618.)

¹⁷² Vermerk, Brockdorff, den 3. Februar 1974. (PA AA, B42, 116 722); VLR I Dr. Finke-Osiander an Brockdorff, den 1. Februar 1974. (PA AA, 1116 726); Jaenicke über das Gespräch mit dem Mitglied der Ausführungskomitee der Bund der Kommunisten Jugoslawiens, Kiro Gligorov der mit dem Bundesminister für Außenhandel Emil Ludwiger in Bonn 12-15. Dezember 1973 darüber sprach. (PA AA, B 42, 112 618)

¹⁷³ Referat 420 über die Sitzung des Auswärtigen Ausschusses, den 13. Februar 1974. (PA AA, B 42, 116 726.)

¹⁷⁴ Vermerk, den 28. Februar 1974. (PAAA, B 42, 116 726.) Auf die Vorwürfe seitens der CDU die Kapitalhilfe sei eine verkappte Wiedergutmachung und ein Mißbrauch der Entwicklungshilfe, antwortete die Bundesregierung, die CDU-Regierung gab Jugoslawien einen günstigen Kredit auf 99 Jahren in 1956, und zur Lösung der Wiedergutmachungsfrage durch die Kapitalhilfe in 1968 unter Bundeskanzler Kiesinger zugestimmt. (Vermerk, den 28. Februar 1974, PA AA, B42, 116 726. In diesem Sinne war auch die Antwort des Bundeskanzlers vor dem Bundestag am 14. März. (Vgl. Bulletin des Presse und Informationsamtes der Bundesregierung, No. 37, den 19. März 1974, S. 350-351.)

¹⁷⁵ Sachstand, [ohne Verfasser], den 1. April 1974, PA AA, B 42, 116 710.

¹⁷⁶ Finke-Osiander und Graf Brockdorff an das Referat 214, den 1. März 1974, PA AA, B 42, 116 726; Referat 110, den 11. März 1974, PA AA, B 42 116 726..

¹⁷⁷ Sachstand, [ohne Verfasser], den 1. April 1974, PA AA, B 42, 116 710.

¹⁷⁸ Maksić im Gesprächen mit Finke-Osiander den 8-9. Mai 1974, Protokoll, den 13. Mai 1974. PA AA, B 42, 116 707.

¹⁷⁹ Aufzeichnung über das Gespräch Finke-Osiander- Maksić, den 9. Mai 1974, PA AA, B 42, 116 707.

Vereinbarungen die zwischen den jugoslawischen Premierminister Džemal Bijedić und deutschen parlamentarischer Staatssekretär Hans-Jürgen Wischniewski die wichtigste Frage über die Modalitäten der Kapitalhilfe gelöst.¹⁸⁰ Mitte Mai rechnete man damit dass Minister Eppler und der Botschafter Lončar die restliche ungeklärte Fragen regeln würden,¹⁸¹ was am 24. Mai auch geschah: die beide unterschrieben das Protokoll mit dem die grundsätzliche Fragen gelöst worden waren.¹⁸²

Die deutsche Seite wollte die Kapitalhilfe zur Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen mit Jugoslawien benützen. Dabei hätte der projektgebundene Teil vor allem für den Energiesektor (wo die deutsche Firmen Interesse hatten) verwendet sollen; der projektungebundene dagegen, für die Beziehung der deutschen Industriegüter, darunter auch Investitionsgüter.¹⁸³ In anderen Worten, außer an die politischen Gewinne der Brioni-Formel, dachte man in den Ministerien auch an die konkrete Nutzen für die bundesdeutsche Wirtschaft.

Die Verhandlungen zwischen jugoslawischer Delegation mit Stellvertreter des Finanzministers Gavra Popović an der Spitze, und der deutschen Delegation von Ministerialdirigent Reiner Oppelt geführt, fanden in Bonn am 18-20. Juni 1974 statt, und sie wurden mit der Paraphierung des Vertrags beendet.¹⁸⁴ Der Vertrag sah vor dass der Kredit auf 30 Jahre gewährt würde, mit 2% Zinsen und mit 10 Freijahre, in vier Jahresraten (1974-1977); die erste Rate würde 280 Mio betragen, andere je 140 Mio.¹⁸⁵ Bei ihrem Treffen am 24-27. Juni in Deutschland stimmten Tito und Bundeskanzler Schmidt, überein dass man über Kapitalhilfe nicht mehr zu diskutieren brauche.¹⁸⁶ Es wurde ein Kommuniqué veröffentlicht in dem gesagt wurde, die restliche offene Fragen solle man durch die, langfristige Zusammenarbeit auf dem wirtschaftlichem und anderen Gebieten lösen. Schon damals wurde gesagt dass eine zufriedenstellende Lösung betreffs der Vereinbarung von Brioni gefunden worden war.¹⁸⁷ Die Sache war aber nicht endgültig erledigt.

Ende Juli verlangte Jugoslawien zwei Änderungen in den schon parafierten Vertrag: sie bezogen sich auf die Präambel und auf den Artikel 5. über die Bevorzugung West-Berlins beim Ankauf der deutschen Waren - den die Jugoslawen auslassen wollten.¹⁸⁸ Bis zum 10. Dezember als die etwas geänderte Fassung des Vertrags endgültig unterzeichnet worden war, drehte sich die manchmal gespannte diplomatische Diskussion über diesen zwei Fragen.

Die Frage der Präambel war auf ersten Blick einfacher. Nach der Schätzung des AA, die Bedeutung der Präambeländerung lag darin dass die Jugoslawen dadurch dem Vertrag einen Sonderrang verleihen wollten; dagegen hatte die Bundesregierung (aus innen- und außenpolitischen Gründen) alle Interessen dass der Vertrag als ein gewöhnlicher Kapitalhilfevertrag ausehe.¹⁸⁹ Man befürchtete auch dass später etweige Deutungsänderungen aus der Änderung der Präambel hergeleitet werden konnten.¹⁹⁰ Obwohl man jugoslawischerseits versuchte die gewünschte Änderungen als geringfügig herunterzuspielen, sie wurden vom AA als wesentlich betrachtet. Man war dort anfänglich eher geneigt in der

¹⁸⁰ Aufzeichnung über das Gespräch Finke-Osiander- Maksić, den 9. Mai 1974, PA AA, B 42, 116 707.

¹⁸¹ BR I Eiff aus Belgrad dem AA, den 14. Mai 1974, PA AA, B 42, 116 726.

¹⁸² Jaenicke an das AA, Belgrad, den 14. August 1974, PA AA, B 42, 116 722.

¹⁸³ Dies wurde an der Resortsbesprechung im Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit am 19. März 1974 beschlossen. (Huppke, den 21. März 1974, PA AA, B 42, 116 722.)

¹⁸⁴ Vorschlag für Pressemitteilung, den 20. Juni 1974, PA AA, B 42, 116 726.

¹⁸⁵ Anonymes Aufzeichnung ohne Datum, PA AA, B 42, 116 726. Der Text ebenda.

¹⁸⁶ Anonymes Dokument, [ende August 1974 ?], PA AA, B 42, 116 722.

¹⁸⁷ Potvrda uspostavljenog poverenja i plodnih odnosa (Die Bestätigung des zustande gebrachten Vertrauens und der fruchtbaren Beziehungen), Politika, den 28. Juni 1974, S. 3.

¹⁸⁸ Brockdorff, den 5. August 1974, PA AA, B 42, 116 722.

¹⁸⁹ Brockdorff, den 15. August 1974, PA AA, B 42, 116 722.

¹⁹⁰ Anonymes Dokument, [ende August 1974 ?], PA AA; B 42, 116 722.

Berlin-Frage nachzulassen und die deutsche Stellungnahme diesbezüglich in einen Begleitbrief zu verlegen.¹⁹¹ Wegen der Uneinigkeit im AA selbst und aus technischen Gründen, lies aber die deutsche Antwort auf sich warten.¹⁹² Sie kam am 3. Oktober: die Bundesregierung stimmte der Änderung der Präambel zu. Die einzige noch strittige Frage, der Artikel 5. über Berlin, wollte die jugoslawische Seite erledigen durch die Absicht sich darüber in einem Brief dahingehend zu äußern, dass die jugoslawische Regierung aus dem Artikel "keine Verpflichtungen eingehe".¹⁹³ Referate 210, 214 und 501 des AA, waren bereit nötigenfalls auf diese Weise eine Lösung zu erzielen.¹⁹⁴ Dies wurde aber von den Maßgebenden im Hause nicht akzeptiert¹⁹⁵ - aus innenpolitischen Gründen.¹⁹⁶

An dieser Frage drohte der Vertrag zu scheitern. Die deutsche Seite überlegte darum ob man durch eine jugoslawische mündliche Erklärung anlässlich der Unterzeichnung, die Situation noch retten konnte, damit sie die bilaterale Beziehungen nicht verderben. Außerdem, man befürchtete die konservative kommunistische und pro-sowjetische Kräfte in Jugoslawien würden durch Scheitern des Vertrags gestärkt, die Wiedergutmachungsfrage würde wieder zum Erpressungsmittel in den deutsch-jugoslawischen Beziehungen und die Bundesregierung würde den Angriffen der Opposition ausgesetzt werden.¹⁹⁷ Letztendlich, wegen des Geldmangels,¹⁹⁸ entschied sich die jugoslawische Führung, trotz aller Bedenken, stillschweigend irgendwelche Erklärung aufzugeben.¹⁹⁹

Das Abkommen wurde am 10. Dezember 1974. unterzeichnet. Die Wiedergutmachung wurde weder im Abkommen noch in der Presse (die merkwürdig wenig Aufwand davon machte) erwähnt.²⁰⁰ Bei der Verhandlungen zwischen der Nationalbank Jugoslawiens und der Kreditanstalt für Wiederaufbau (durch die die Auszahlungen laufen sollten) gab es noch Schwierigkeiten, die waren nicht nur technischer Natur.²⁰¹ Sie konnten aber auf das Endergebnis keinen Einfluß haben.

So wurde das vielleicht schwierigste Problem in der bilateralen Beziehungen beseitigt auf eine Weise die der BRD ermöglichte keinen Präzedenzfall für die Forderungen anderer osteuropäischen Staaten zu stellen, und zugleich ohne ihre Ostpolitik dadurch zu gefährden. Jugoslawischer Seite gelang es die vielbegehrte Devisen für ihre notgedrungene Wirtschaft zu

¹⁹¹ Anonymes Dokument, [ende August 1974 ?], PA AA, B 42, 116 722.

¹⁹² Dr. Blech an von Well in New York, den 25. September 1974, PA AA, B 42, 116 722.

¹⁹³ Jaenicke an AA, Vernschreiben am 12. Oktober 1974, PA AA, B42, 116 722.

¹⁹⁴ Aufzeichnungen von 15. und 16. Oktober 1974, PA AA, B 42, 116 722.

¹⁹⁵ Bleich an die Botschaft in Moskau, den 30. Oktober 1974. (PA AA, B 42, 116 722.) Leider wissen wir nicht wer für die Entscheidung maßgebend war.

¹⁹⁶ Man wies daraufhin dass so eine Klausel über die Gültigkeit des Vertrages auch für Berlin in allen Kapitalhilfeverträgen existierte. Man ging davon aus, es gebe keine grundsätzliche Unterschiede in dieser Frage, so dass es besser wäre wenn Jugoslawien von einer Erklärung der Artikel enthalte keine Lieferungsgebundenheit, Abstand nähme. (Brockdorf, den 6. November 1974 (PA AA, B 42, 116 722); Finke-Osiander, Drahterlas über das Gespräch zwischen Staatssekretär Gehlhoff und Lončar am 6. November 1974. (PA AA, B42, 116 707.) Gesprächsvorschlag für den Staatssekretär Wischnewski, Referat 420, den 15. November 1974, PA AA, B 42, 116 722.)

¹⁹⁷ Leutenschlager, den 7. November 1974; Vermerk, Brockdorf, den 14. November 1974, PA AA, B 42, 116 722.

¹⁹⁸ Nach einer Darstellung des AA, hätte Jugoslawien "seit 1969 ... praktisch keine Tilgung mehr aus eigener Kraft geleistet." (Anhang zum Sachstand, den 2. Dezember 1974, PA AA, B 42, 116 707.)

¹⁹⁹ Vermerk, Brockdorff, den 9. Dezember 1974, PA AA, B 42, 116 722.

²⁰⁰ So widmete die führende Belgrader Tageszeitung (notorisch regierungsnahe) Politika, nur etwa ein Viertel der zweite Seite dem Abkommen. (Vgl. Fn. 172.) Der Text des Abkommens siehe in: Dodatak Službenog lista, br. 66, 27. Dezember 1974, S. 1950.

²⁰¹ Die Jugoslawische Nationalbank wollte aus politischen Gründen im Bankvertrag den Unterschied des jugoslawischen Abkommen über die Kapitalhilfe von anderen ähnlichen Abkommen unterstreichen. Sie wollte auch Hinweise auf Projekte auslassen, hat dann aber davon Abstand genommen. Vermerk, s.n., den 23. Dezember 1974, PA AA, B 42, 116 722.

bekommen,²⁰² und zwar in einer Höhe die (mit der Kapitalhilfe vom Dezember 1972) ein Kompromis, bzw. eine Hälfte der am Anfang verlangte (zugegebenermaßen unrealistische) Summe darstellte. Auf diese Weise konnten beide Seiten im Grunde genommen, ziemlich zufrieden sein.

Am Ende kann man fragen, wo blieben die Opfer? Wenn es um alle die die jugoslawische Diplomatie offiziell entschädigt sehen wollte geht (Partisanen, Widerständler, Opfer der Vergeltungsaktionen und ihre Nachkommen) sie wurden vom kommunistischen Staat der seine ganze Legitimität auf dem Partisanenkrieg aufbaute, so wie so reichlich (manchmal sogar unverschämt reichlich) entschädigt.²⁰³ Der eigentlichen NS-Opfer (nach der BEG Kategorisierung) ging es viel schlechter - aber ihre Geschichte soll erst erforscht werden.

²⁰² Außer anderen Ziele, hatte die Bundesregierung, wie ihre westliche Partner, ein Interesse auf Erhaltung der jugoslawischen blockfreien Position und ihre Stabilität. (Anonymer Gesprächsbeitrag, Bonn, den 13. Januar 1975, PA AA; B 42, 116 707.)

²⁰³ Die ehemalige Partisanen und Widerstandskämpfer bekamen hohe Pensionen, begünstigten Arbeitsplätzen, Privilegien im öffentlichen Verkehr, benefizierte Urlaubsmöglichkeiten und vieles mehr. Darum haben sich die studentische Demonstranten in 1968 (die Kommunismus ein Bischen zu wortwörtlich genommen haben) mit Recht gegen "die rote Bourgeoisie" aufgebäumt.